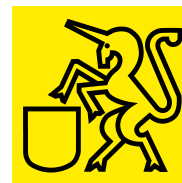




## 5. Sitzung des Gemeinderates [Doppelsitzung]

Datum, Zeit	Montag, 12. Dezember 2022, 19:00 Uhr bis 22:41 Uhr
Ort	Katholisches Pfarreizentrum Leepünt
Vorsitz	Cornelia Schwarz (SVP), Gemeinderatspräsidentin
Anwesend	35 Gemeinderatsmitglieder
Entschuldigt abwesend	Alexandra Freuler (SP) Stephanie Huber (glp/GEU) Marco Lang (Die Mitte/EVP) Andreas Sturzenegger (FDP) Rafa Tajouri (FDP)
Protokoll	Edith Bohli, Gemeinderatssekretärin
Stimmenzählende	Oliver Kellner (GP) Christian Meyer (glp/GEU) Roland Wüest (SP), Ersatzstimmzähler

---



## Traktanden

1. Mitteilungen
2. Protokollgenehmigung der 4. Sitzung vom 7. November 2022
3. Budget 2023 / Genehmigung  
GR Geschäft Nr. 47/2022
4. Postulat Julian Croci (Grüne) und 13 Mitunterzeichnende «Umsetzung Verfassungsartikel Stoffkreisläufe» /  
Begründung und Überweisung  
(GR Geschäft Nr. 53/2022)
5. Dringliche Interpellation Julian Croci (Grüne) und 9 Mitunterzeichnende: Strom- und Gasman-  
gellage – Massnahmen der Stadt / Beantwortung  
GR Geschäft Nr. 43/2022
6. Dringliche Interpellation Julian Croci (Grüne) und 9 Mitunterzeichnende: Strom- und Gasman-  
gellage – Soziale Folgen / Beantwortung  
GR Geschäft Nr. 44/2022

## 1. Mitteilungen

Gemeinderatspräsidentin Cornelia Schwarz (SVP) begrüsst alle Anwesenden sowie das Publikum zu Hause am Livestream zur 5. Sitzung des Gemeinderates der Legislatur 2022-2026. Ausserdem bedankt sie sich mit einem Grittibänz-Gruss aus der "Waldhüsli-Bäckerei des Samichlauses" bei allen Stadt- und Gemeinderatsmitgliedern für die angenehme Zusammenarbeit. Danach gratuliert sie Gemeinderat Patrick Walder zur Geburt seines Sohnes Finn.

Die Einladung zur heutigen Sitzung mit der Traktandenliste ist gemäss Artikel 46 der Geschäftsordnung des Gemeinderats rechtzeitig verschickt und im Glattaler als amtliches Publikationsorgan veröffentlicht worden. Die Akten zu den Geschäften sind zur Einsicht bereitgestanden.

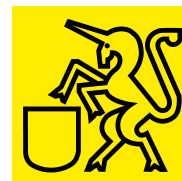
Es gibt keine Änderungsanträge zur Traktandenliste, womit diese als genehmigt gilt.

Für die Sitzung entschuldigt haben sich vom Gemeinderat Alexandra Freuler (SP), Stefanie Huber (glp/GEU), Marco Lang (die Mitte/EVP), Andreas Sturzenegger (FDP) und Rafa Tajouri (FDP). Roland Wüest hat sich als Ersatzstimmzähler für Alexandra Freuler gemeldet. Theo Johner (die Mitte/EVP) wird leicht verspätet eintreffen. Es sind somit 34 Gemeinderatsmitglieder anwesend.

Der Stadtrat möchte dem Gemeinderat eine Mitteilung machen, die Ratspräsidentin übergibt daher das Wort an den Stadtpräsidenten André Ingold (SVP).

Stadtpräsident André Ingold (SVP):

"Aufgrund des tragischen Todesfalls unseres sehr geschätzten ehemaligen Stadtschreibers Martin Kunz selig musste der Stadtrat die Stelle des Stadtschreibers neu besetzen. Dazu hat der Stadtrat



ein Findungsgremium mit Martin Bäumle, Simi Winistörfer und mir eingesetzt und eine externe Firma mit der Begleitung der Rekrutierung beauftragt. Der Rekrutierungsprozess konnte erfolgreich abgeschlossen werden.

Es freut mich sehr, heute bekannt geben zu dürfen, dass der Stadtrat den Leiter Behördendienste Mathias Vogt als neuen Stadtschreiber ernannt hat. Mathias Vogt hat sich dank seines ausgewiesenen breiten Fachwissens und seinen hohen Sozialkompetenzen gegen 13 Mitbewerberinnen und Mitbewerber durchgesetzt. Mathias Vogt arbeitet seit 2010 bei der Stadtverwaltung Dübendorf und leitet seit 2018 die Behördendienste. Er ist diplomierter Gemeindeschreiber und absolviert derzeit den Executive Master of Public Administration an der Universität Bern.

Er wird sein Amt am 1. Mai 2023 antreten. So bleibt ihm genügend Zeit, um eine Nachfolgerin oder einen Nachfolger für die Leitung der Behördendienste zu finden. Bis zum Stellenantritt von Mathias Vogt wird der bisherige Stadtschreiber ad interim Stefan Woodtli die Aufgaben des Stadtschreibers weiterführen. Der Stadtrat wünscht Mathias Vogt in seiner neuen Funktion viel Freude und Erfolg. Wer ihn nicht kennt: Mathias Vogt sitzt hinten im Saal.

Wenn ich schon am Rednerpult stehe, erlaube ich mir noch, Sie auf den Neujahrsapéro 2023 aufmerksam zu machen. Dieser findet nächstes Jahr zum ersten Mal nicht am 2. Januar statt, sondern am Samstag, 07. Januar 2023 ab 16.00 Uhr hier im Leepünt. In den Neujahrsapéro ist neu auch die Verleihung der Dübi Awards integriert. Es sind alle herzlich eingeladen."

Damit übergibt der Stadtpräsident wieder an die Ratspräsidentin Cornelia Schwarz (SVP).

Mittlerweile ist Theo Johner (die Mitte) eingetroffen, es sind somit 35 Gemeinderatsmitglieder anwesend.

Das Büro vom Gemeinderat hat entschieden, dass die letzte Gemeinderatssitzung als Einfach Sitzung zählt, da die Sitzung nur ganz geringfügig länger als zwei Stunden gedauert hat.

Seit der letzten Gemeinderatssitzung hat der Stadtrat keine neuen Geschäfte an den Gemeinderat überwiesen.

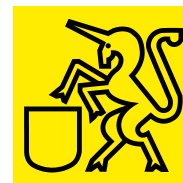
Antworten vom Stadtrat sind auf folgende politische Vorstösse beim Ratsbüro eingegangen:

- Dringliche Interpellation Julian Croci (Grüne) und 9 Mitunterzeichnende: Strom- und Gasmangel – Soziale Folgen
- Schriftliche Anfrage André Csillaghy (SP) über Angebotsmieten in Dübendorf
- Schriftliche Anfrage Flavia Sutter (Grüne): «Zugänglichkeit Spielplatz Inside/Marktgasse»
- Schriftliche Anfrage André Csillaghy (SP): «Eigentumsverhältnisse in Dübendorf»

Die dringliche Interpellation ist für diese Sitzungen traktandiert. Die schriftlichen Anfragen sind mit der Beantwortung durch den Stadtrat erledigt.

Neu eingereicht worden sind seit der letzten Sitzung folgende zwei Vorstösse:

- Postulat Julian Croci (Grüne) und 13 Mitunterzeichnende: «Umsetzung Verfassungsartikel Stoffkreisläufe»
- Schriftliche Anfrage Patrick Jetzer (Aufrecht): Plakatsäule



Das Postulat ist für die heutige Sitzung traktandiert und die schriftliche Anfrage ist an den Stadtrat zur Beantwortung überwiesen worden.

#### Fraktions- und persönliche Erklärungen

Für heute Abend wurden weder Fraktions-, noch persönliche Erklärungen angemeldet.

## **2. Protokollgenehmigung der 4. Sitzung vom 7. November 2022**

---

Zum Protokoll der 4. Gemeinderatssitzung vom 7. November 2022 sind keine Berichtigungsanträge eingegangen.

Es gilt somit in Anwendung von Art. 58 der Geschäftsordnung als genehmigt.

## **3. Budget 2023 / Genehmigung GR Geschäft Nr. 47/2022**

---

Die Ratspräsidentin Cornelia Schwarz (SVP) erläutert zunächst den Verhandlungsablauf sowie das Abstimmungsverfahren. Da das Eintreten obligatorisch ist, wird es keine eigentliche Eintretensdebatte geben. Es wird jedoch vorgeschlagen, vor der Detailberatung eine allgemeine Diskussion durchzuführen, während der generelle Aussagen zum Budget vorgebracht werden können. Äusserungen zu einzelnen Änderungsanträgen wiederum sind in der Detailberatung vorzubringen.

Nach der allgemeinen Diskussion folgt die Detailberatung zu den einzelnen Abschnitten von Erfolgs- und Investitionsrechnung. Werden zu einzelnen Abschnitten keine Anträge gestellt, gelten diese als genehmigt.

Nach den Detailberatungen zur Erfolgs- und zur Investitionsrechnung findet eine Zwischenabstimmung über die jeweils bereinigten Fassungen statt.

Nach der Detailberatung wird die Höhe des Steuerfusses festgelegt und anschliessend noch über die gesamthafte Annahme oder Ablehnung des Budgets 2023 abgestimmt.

Gegen dieses Vorgehen gibt es keine Einwände.

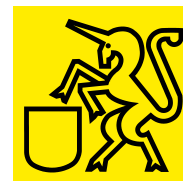
### **Allgemeine Diskussion**

#### GRPK-Präsident Paul Steiner (SVP)

"Das Budget ist der Haushaltsplan für das kommende Jahr. Im weitesten Sinne ist es die Anweisung an die Exekutive, die Verwaltung so zu führen, dass die tatsächlichen Ausgaben und Einnahmen den Angaben aus dem Budget entsprechen. Das Budget wird in erster Linie finanzpolitisch geprüft. Die GRPK beurteilt, ob die Planung für das kommende Haushaltsjahr finanzrechtlich zulässig und finanziell angemessen ist.

Die Grundlagen der finanziellen Angemessenheit lauten:

- Ist die Ausgabe im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten?
- Ist die Ausgabe notwendig? (zwingend/wünschbar/»nice to have«)
- Ist die Ausgabe dringlich? (jetzt/später)
- Ist die Ausgabe zweckmässig? (Ziel erreicht/verfehlt)
- Ist die Ausgabe wirtschaftlich? (Kosten-Nutzen-Verhältnis)



Referenzgrössen für das Budget sind die Jahresrechnung des vorangegangenen Jahres und das Budget des laufenden Jahres. Um die Entwicklung bestimmter Positionen zu prüfen, ist es sinnvoll Vergleichsperioden von mehreren Jahren heranzuziehen.

Diese einleitenden Grundsätze stammen nicht von mir. Es sind Kernaussagen aus der Weisung des Gemeindeamts Zürich zur Budgetprüfung und damit Richtschnur für die Arbeit der GRPK. Die Budgetierung ist keine exakte Wissenschaft. Sie basiert hauptsächlich auf Erfahrungswerten sowie auf Prognosen. Nicht voraussehbare Ereignisse, wie z.B. die Corona Pandemie oder ganz aktuell der Ukraine Krieg, können die besten Prognosen über den Haufen werfen. Und, wir bewegen uns ja im politischen Umfeld, da gibt es bezüglich der finanziellen Angemessenheit mindestens so viele Meinungen wie politische Parteien.

Wie sieht jetzt das Budget der Stadt Dübendorf für 2023 aus?

Man kann festhalten gut, weil positiv, denn prognostiziert ist ein Ertragsüberschuss von rund CHF 180'000, bei einem Gesamtaufwand von mit CHF 202,22 Mio. und einem Gesamtertrag von CHF 202.41 Mio. Das ist umso erfreulicher, weil im Budget eine Erhöhung der Einlage in den Fonds für Spezialfinanzierungen von CHF 1,52 Mio. auf neu CHF 3,840 Mio. sowie eine Steuersenkung von 3 % bereits enthalten sind.

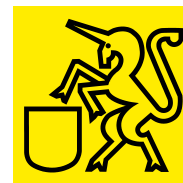
Ein um CHF 4 Mio. höher erwarteter Steuerertrag, von neu CHF 76 Mio. sowie um CHF 2 Mio. höher budgetierte Grundstückgewinnsteuern, auf neu CHF 16 Mio., kompensieren im Wesentlichen den gegenüber dem Vorjahr um CHF 5,82 Mio. tieferen Ressourcenzuschuss, so dass die Ertragsseite im Vergleich zum Vorjahr stabil bleibt. Aufgrund des anhaltenden Einwohnerwachstums und der unverminderten Bautätigkeit, scheinen diese Annahmen realistisch, auch über das Jahr 2023 hinaus. Ein weiterer Rückgang oder gar ein allfälliger Wegfall des Ressourcenzuschusses sollte verkraftbar sein, da er sich positiv auf den Steuerertrag auswirken würde, denn der Zuschuss basiert auf der relativen Steuerkraft. Das heisst, je geringer der Zuschuss, desto höher ist die Steuerkraft der entsprechenden Gemeinde.

Mehr Sorge bereitet der GRPK die Aufwandseite des Budgets. Gegenüber dem letzten Jahr steigt der Aufwand um CHF 5,81 Mio. Hauptverantwortlich dafür sind rund CHF 3 Mio. höhere Sach- und Betriebskosten sowie rund CHF 2 Mio. mehr Personalkosten. Es ist vor allem der Trend der letzten Jahre, der zur Sorge Anlass gibt. 2021 lag der budgetierte Aufwand bei rund CHF 189 Mio., 2022 über CHF 196 Mio. und jetzt, 2023, sind es rund CHF 202 Mio.

Vorgehen nach dem bewährten Prüfansatz

Die GRPK-Mitglieder haben das Budget individuell geprüft und an zwei Sitzungen wurden die gesammelten Fragen besprochen, bereinigt und dem Stadtrat zur Beantwortung eingereicht. Die schriftlichen Antworten des Stadtrats wurden analysiert und nach einer weiteren Sitzung wurden die Anschlussfragen ebenfalls schriftlich an den Stadtrat gerichtet. Die folgende Sitzung fand dann mit einer Delegation des Stadtrats statt, bei der noch offene Fragen mündlich beantwortet und die letzten Unklarheiten bereinigt wurden. Eine Woche nach diesem Austausch wurden die Änderungsanträge innerhalb der GRPK besprochen, dann zuerst über diese und anschliessend über das Gesamtbudget abgestimmt.

Zur Erfolgsrechnung gibt es 7 Änderungsanträge der GRPK und 1 Antrag einer GRPK-Minderheit. Dazu dann mehr bei der Detailberatung.



Vorab: Wunder können von der GRPK keine erwartet werden, denn der Grossteil des 200 Mio. Budgets sind gebundene Kosten, die durch Gesetze, die Gemeindeordnung, Volksabstimmungen usw. geregelt sind. Der Handlungsspielraum der GRPK ist entsprechend vorgegeben und beschränkt.

Die Budgetveränderungen wurden von den einzelnen Abteilungen grossmehrheitlich nachvollziehbar erklärt. Bei der Primarschule und im Sozialen zeigen sich die grössten Budgetsteigerungen. Haupttreiber ist in beiden Bereichen die Zunahme der Bevölkerung. Das Lehrer- und Betreuungspersonal muss aufgestockt werden und auch die Sach- und Betriebskosten steigen. Zudem hat sich die Anzahl der Schülerinnen und Schüler ohne Deutschkenntnisse durch die Kinder aus der Ukraine weiter erhöht, wofür zusätzlich budgetiert werden muss. Von den CHF 2 Mio. höheren Personalkosten entfallen CHF 1,3 Mio. auf die Primarschule.

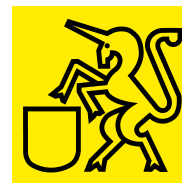
Die demographische Entwicklung, die allgemeine Teuerung im Gesundheitswesen, die Aufnahme von mehr Asylsuchenden sowie die Versorgung und Unterbringung von Kriegsflüchtlingen aus der Ukraine mit Status S, sind einige Gründe für die Kostensteigerung im Bereich Soziales. In beiden erwähnten Bereichen wirken sich die höheren Energiekosten nicht unerheblich auf das Budget aus.

Das boomende Dübendorf hat auch Auswirkungen auf die Stellen in der Verwaltung. Im laufenden Jahr hat der Stadtrat in verschiedenen Abteilungen insgesamt rund 500 Stellenprozent bewilligt, die sich im Budget 2023 auswirken. Die GRPK hofft, dass die fortschreitende Digitalisierung, verbunden mit einer laufenden Ersatzbeschaffung und Modernisierung der IT, Effizienzgewinn schafft und dadurch das Stellenwachstum gebremst werden kann.

Gemäss einem Zwischenbericht des Stadtrats zuhanden der GRPK, soll sich die laufende Leistungsüberprüfung bereits im Budget 2023 positiv auswirken. Der Bericht liegt der GRPK erst seit kurzem vor und er wird an einer der nächsten Sitzungen besprochen. Zusammen mit dem Stadtrat wird die GRPK Sparpotenzial eruieren, aber auch diskutieren, ob die notwendigen Leistungen mit den zur Verfügung stehenden Mitteln in ausreichender Qualität erbracht werden können.

Für Dienstleistungen Dritter sind für 2023 rund CHF 9,5 Mio. budgetiert, was einer minimalen Steigerung von 3 Prozent gegenüber dem letzten Jahr entspricht. Es lag bei der Prüfung kein spezieller Fokus auf diesen Konti. Da es sich aber bei den Dienstleistungen Dritter im Wesentlichen um nicht gebundene Ausgaben handelt und dafür insgesamt fast CHF 10 Mio. vorgesehen sind, bleiben sie für uns als Kontrollgremium ein wichtiges Thema, eher aber in der Jahresrechnung. Dort kann festgestellt werden, wofür das Geld ausgegeben wird.

Für den Bereich Hochbau wurde uns ein nahezu identisches Budget präsentiert, wie in den Vorjahren. Ein gewichtiger Teil der Budgetposten bleibt unsichtbar, weil externe Dienstleistungen und Gebührenerträge miteinander verrechnet werden und somit weder als Einnahmen noch als Ausgaben auftauchen. Unsere bereits mehrmals – anhand früherer Budgets und Jahresrechnungen – unmissverständliche und harsche Kritik hat offensichtlich wenig bis nichts bewirkt. Die diesbezüglichen Versprechen des Stadtrats wurden aus Sicht der GRPK nicht eingehalten. Nur nach Nachfrage zu vielen Positionen war es möglich, einigermaßen die Übersicht zu erhalten. Das bedeutet, die Transparenz ist beim Hochbau nicht gegeben und das «Grundübel» ist aus Sicht der GRPK die angewendete Nettobudgetierung und Verbuchung, die gemäss den Rechnungslegungsvorschriften nach HRM2 nicht zulässig ist. Die GRPK hat einen gesetzlichen Auftrag zu erfüllen. Anlässlich der Prüfung der Jahresrechnung 2022 könnte die Frage aufkommen, ob der Bereich Hochbau «abgenommen» werden kann, sollte dieser ähnlich intransparent «daherkommen», wie beim vorliegenden Budget oder auch bei der Jahresrechnung 2021.



Thema war auch die Inflation und damit verbunden der Teuerungsgleich für das Personal. Der Stadtrat wendet seit 2012 ein System an, bei dem statt eines vollen Teuerungsausgleichs höhere individuelle Lohnerhöhungen ausbezahlt werden, mit Einbezug der Inflation der vergangenen Jahre. Ein automatischer Teuerungsausgleich wurde damals wie heute vom Stadtrat abgelehnt. Das angewandte Modell ist stabil und garantiert eine kalkulierbare Lohnentwicklung. Problematisch kann es dann werden, wenn die Teuerung über längere Zeit sehr hoch bleiben sollte, wovon nicht ausgegangen wird. Dieser Mechanismus und seine Auswirkungen auf die Löhne wurden kritisch hinterfragt. Die Kommissionmehrheit befürwortet das Vorgehen des Stadtrats weiterhin.

Die Abschreibungen für 2023 sind mit CHF 8,6 Mio. gleich hoch budgetiert wie im letzten Jahr.

Jetzt noch einige Bemerkungen zur Investitionsrechnung.

Mit besonderem Fokus auf neue Investitionen und Ersatzbeschaffungen, hat die GRPK die finanzielle Angemessenheit der budgetierten Ausgaben hinterfragt.

So zum Beispiel bezüglich der Beschaffung von neuen Fahrzeugen oder Mobilien.

Anlass zur Diskussion gab auch die IT-Gesamterneuerung. Die Frage wurde gestellt, weshalb der Stadtrat dafür keinen Antrag zuhanden der GRPK, respektive des Parlaments gestellt hat. Der Stadtrat betrachtet die Beschaffungen als gebundene Ausgaben und deshalb in seiner Kompetenz. Die Mehrheit der GRPK zeigte sich damit einverstanden.

Und, mehrere Fragen betrafen den Werkflugplatz Dübendorf WFD und geplante Investitionen in diesem Bereich.

Das Investitionsvolumen im Verwaltungsvermögen beläuft sich im Budget 2023 auf CHF 27,65 Mio. Im Vorjahr waren es CHF 29,34 Mio.

Investiert wird u.a. in folgenden Bereichen:

- rund CHF 7 Mio. im Bereich Verkehr
- 2,5 Mio. für den Neubau Obere Mühle
- rund CHF 7 Mio. im Bereich Bildung, davon CHF 3,46 Mio. für die Turnhalle Three Point
- rund CHF 1 Mio. im Alters- und Spitexzentrum

Zur Investitionsrechnung gibt es von der GRPK 5 Änderungsanträge sowie einen Minderheitsantrag. Diese Anträge werden in der Detailberatung vorgestellt.

Zum Budget 2023 wurde von der GRPK eine stattliche Anzahl Fragen gestellt. Wo eine schriftliche Antwort schwierig oder wenig zielführend war, bot der mündliche Austausch mit dem Stadtrat Gelegenheit, diese Lücken zu schliessen. Auch bestand die Möglichkeit, die wenigen Punkte offen zu diskutieren, mit denen die GRPK weniger zufrieden ist und/oder allfällige Missverständnisse zu klären.

Für die zeitgerechte und grösstenteils präzise und fundierte Beantwortung der Fragen, sowie die vertrauensvolle Zusammenarbeit, danke ich im Namen der GRPK der Verwaltung und dem Stadtrat."

GRPK-Mitglied Christian Gross (SP)

"Auf zwei Dinge möchte ich noch ergänzend hinweisen, weil sie im Einstiegsreferat etwas vergessen gingen.



Zunächst einmal die Aufwandentwicklung: Da ist das Bild massiv weniger heikel, wenn man genau hinschaut. Dübendorf ist ja nicht ständig dieselbe Stadt – Dübendorf wächst. Damit wachsen auch die Aufgaben – und entsprechend halt die Ausgaben. Diese Ausgabensteigerung, die Paul offensichtlich Sorgen macht, ist eigentlich gar keine; die Ausgaben pro Einwohner sinken. Da könnte sich also vielmehr die Frage stellen, ob man mit diesen sinkenden Ausgaben pro Kopf noch alle Aufgaben erfüllen kann. Und das alles ist noch vor Berücksichtigung der momentan sehr relevanten Inflation; bei Energiepreisen oder Dienstleistungen, aber auch auf der Einnahmenseite spüren wir die natürlich. Wenn wir die Inflation miteinrechnen, wenn wir uns also auf die realen Ausgaben beziehen, sinken unsere Ausgaben. Das, was die Stadt also pro Einwohnerin oder Einwohner leistet ist rückläufig, was mir eher Sorgen bereitet.

Es gibt aber auch noch eine schlechte Nachricht: Wir haben ein Problem mit den Investitionen. Zwar sind die Investitionen im Budgetjahr endlich etwas höher. Der Stadtrat beginnt also den Investitionsstau anzugehen – falls diese Projekte dann wirklich umgesetzt werden – wir können aber nur die Hälfte davon aus unseren Erträgen finanzieren. Rund 15 Millionen Franken beträgt unser Finanzierungsfehlbetrag – also der Betrag, den wir aus Reserven oder über Kredite decken müssen. Ich will damit nicht sagen, dass die Investitionen zu hoch sind – im Gegenteil. Dübendorf steht finanziell solide da und kann und soll sich das leisten. Aber es ist schon etwas seltsam, gerade jetzt die Steuern zu senken – wenn wir zum ersten Mal seit Jahren wieder deutlich mehr Geld ausgeben als wir einnehmen.

Insgesamt kann die SP mit dem Budget leben, nicht aber mit der Steuerfussenkung. Der Stadtrat verknappert ohne Not die Ressourcen, die wir in den nächsten Jahren brauchen werden. Das ist kurzfristig und abzulehnen..."

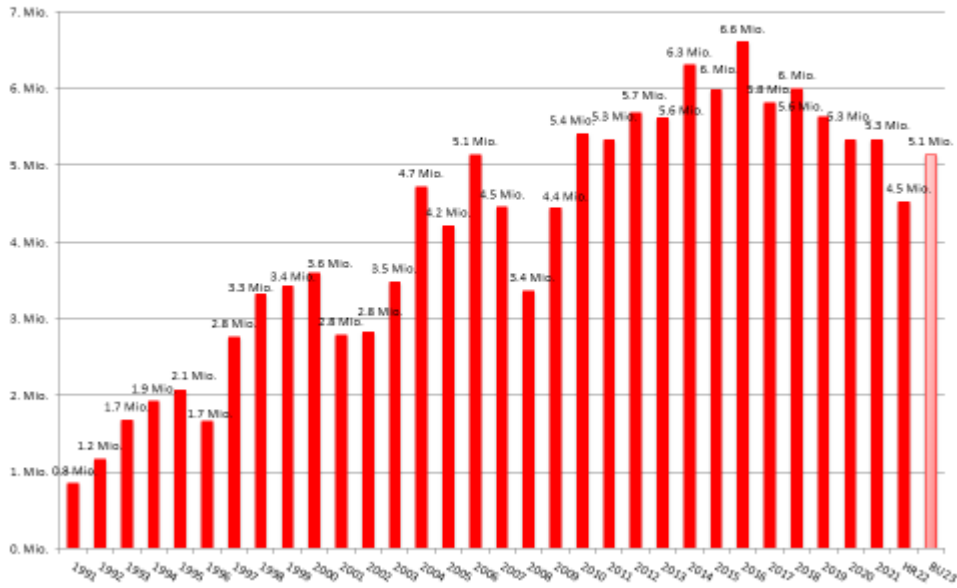
## Stellungnahme Stadtrat, Finanzvorsteher Martin Bäumle (glp/GEU)

Der Finanzvorstand erklärt anhand seiner Powerpoint-Präsentation

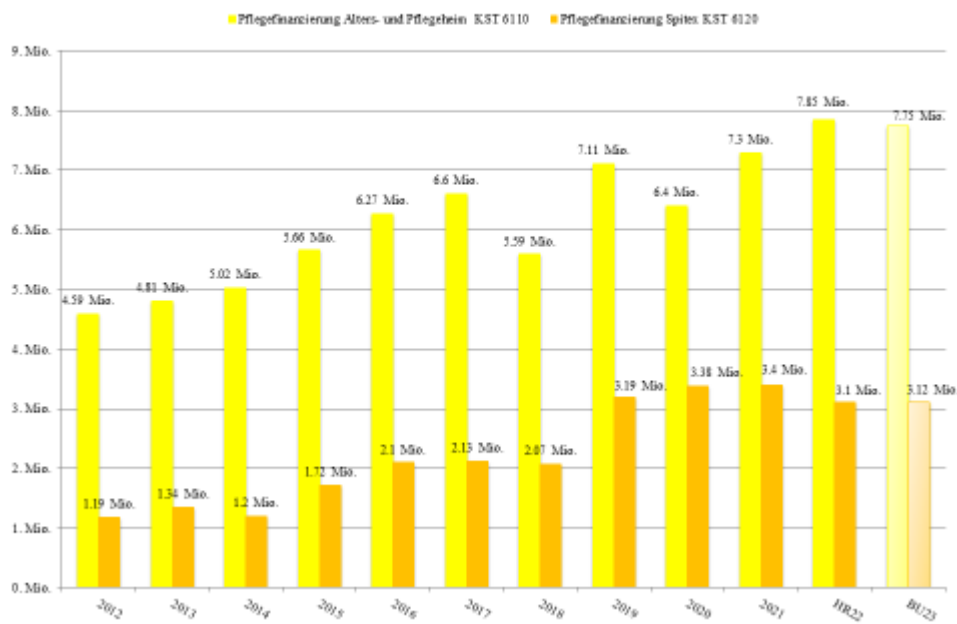
- Gesetzliche wirtschaftliche Hilfe 1991-2023
- Pflegefinanzierung 2012-2023
- Zusatzleistungen zur AHV/IV 1991-2023
- Entwicklung Nettoaufwand und Schülerzahlen Primarschule 1990-2023
- Steuerfussbereinigte Steuern 1993-2026
- Steuerkraftentwicklung Dübendorf vs. Kanton 1989-2022
- Steuerfussverlauf mit Grundsteuern 1993-2026
- Nettoschuld Dübendorf 1993-2026
- Entwicklung verzinsliche Schuld 1993-2026
- Entwicklung verzinsliche Schuld relativiert um ASZ 1993-2026
- Selbstfinanzierungsgrad und Steuerfuss Planperiode
- Entwicklung Kriterium maximale Schuld 2022-2031
- Entwicklung Ausgleichsreserve gemäss SB 2022-2031

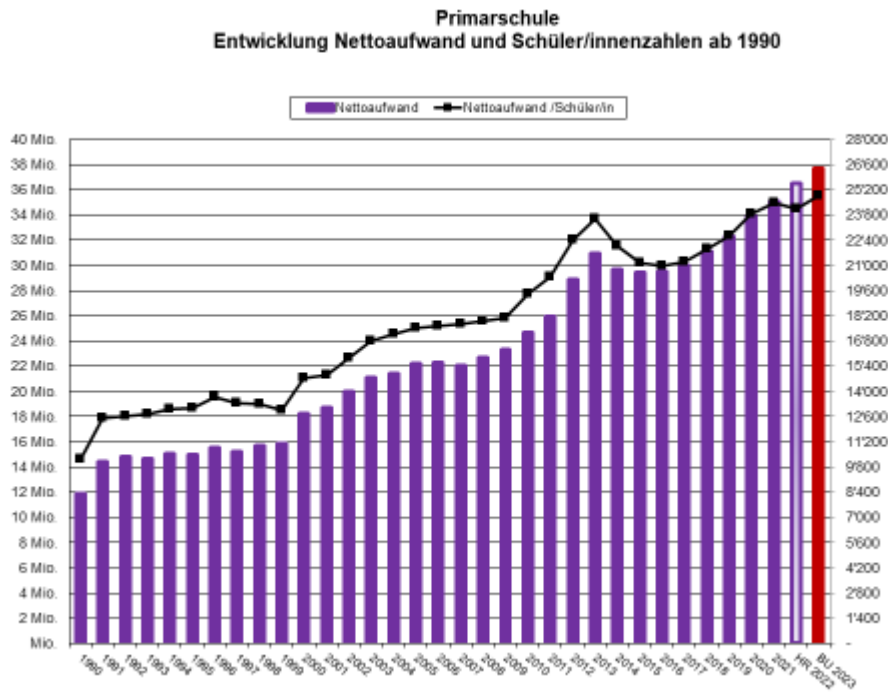
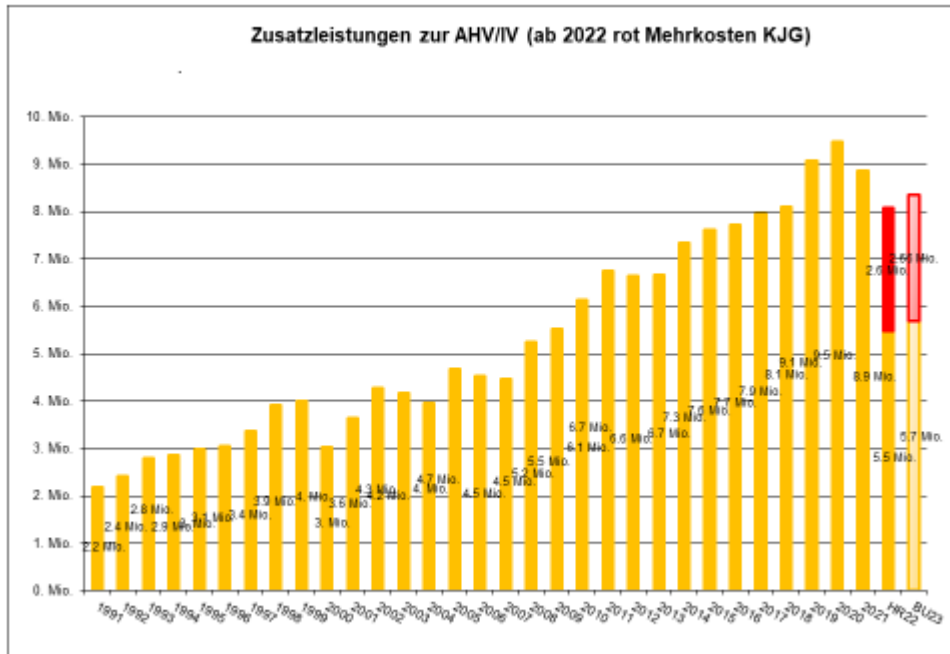


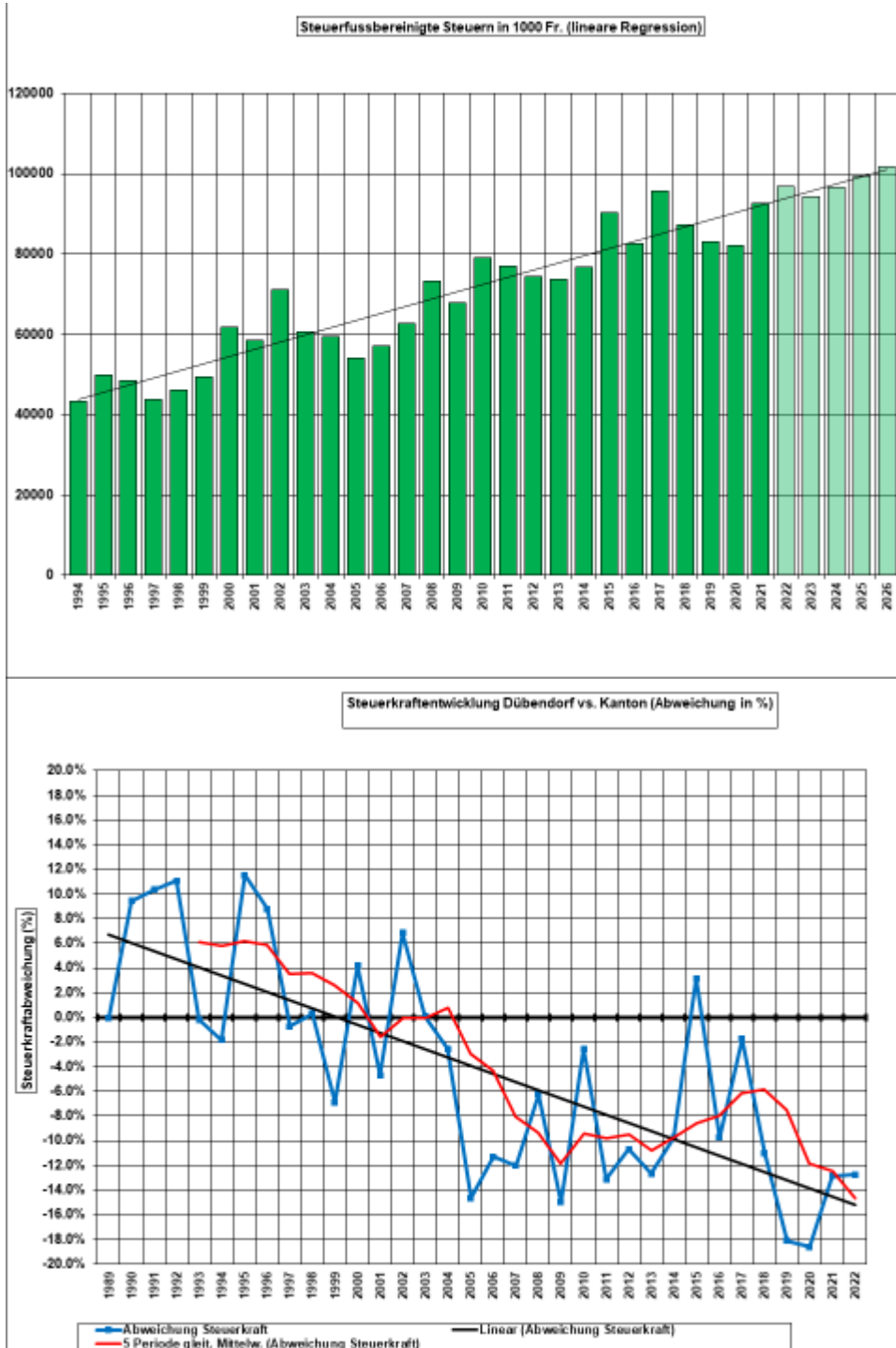
## Gesetzliche wirtschaftliche Hilfe

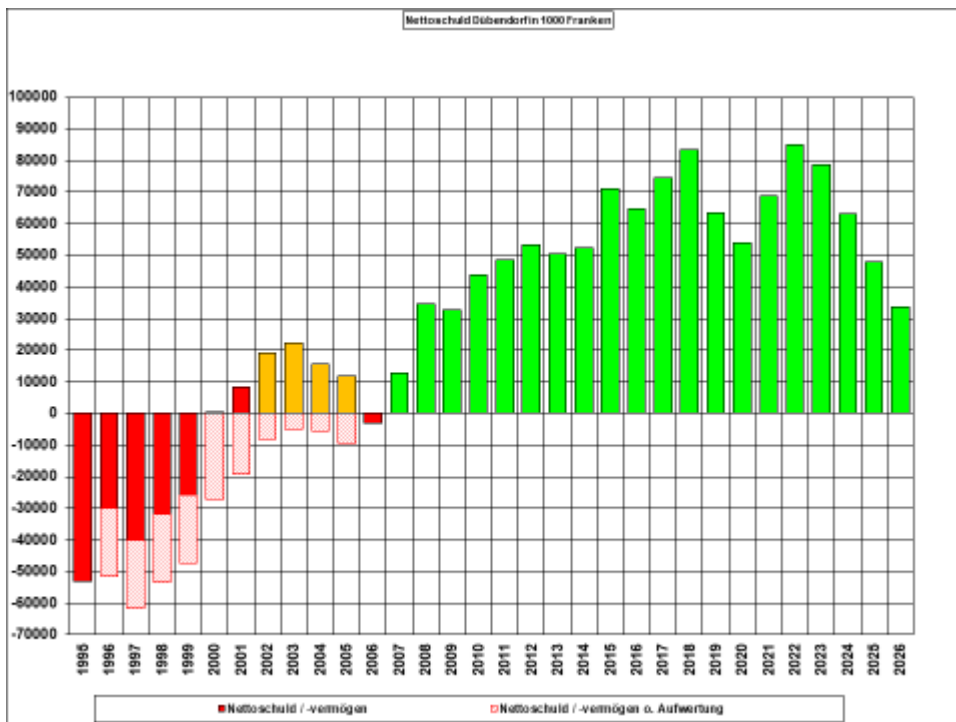
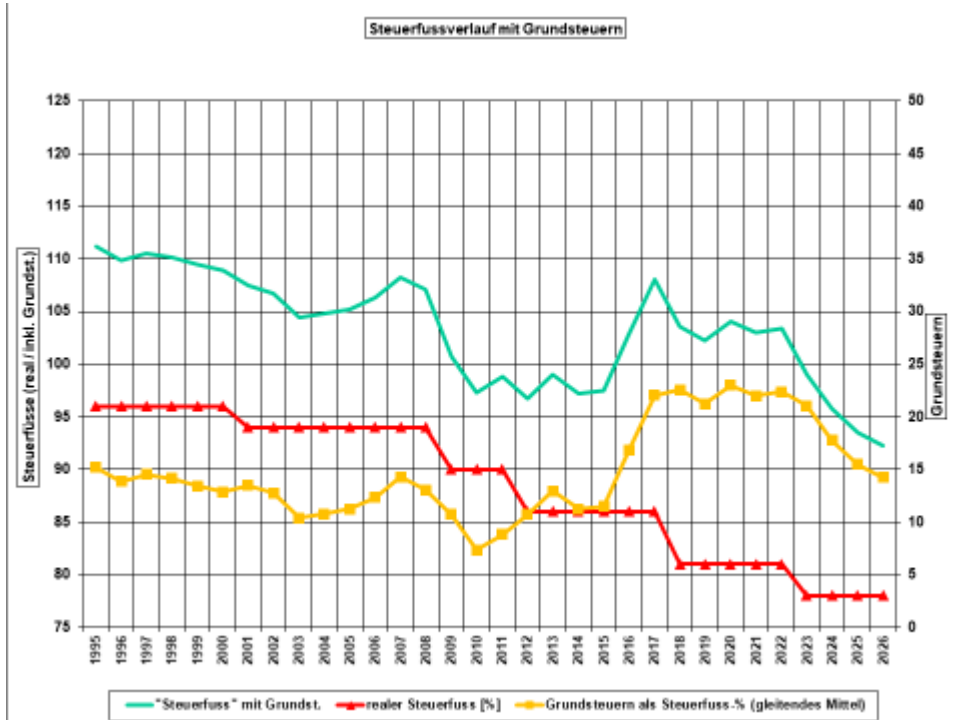


## Pflegefinanzierung Alters- und Pflegeheim und Spitex



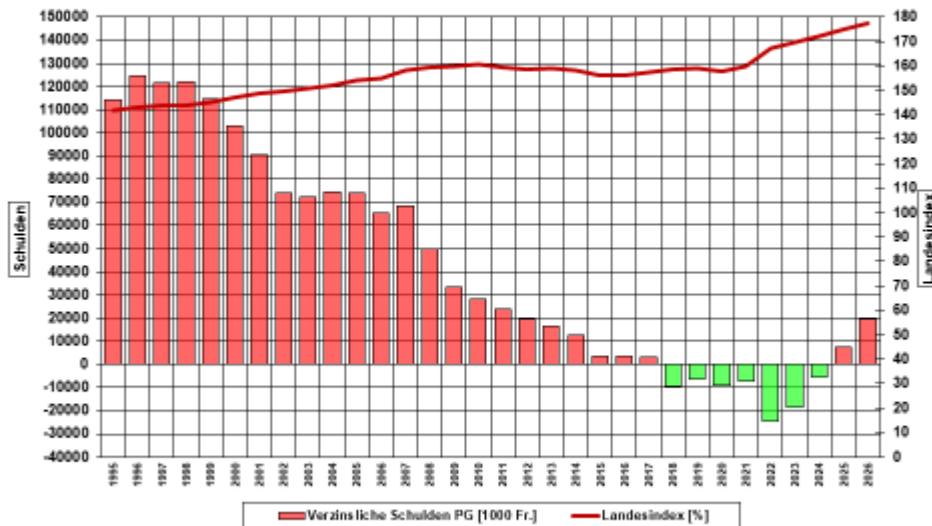




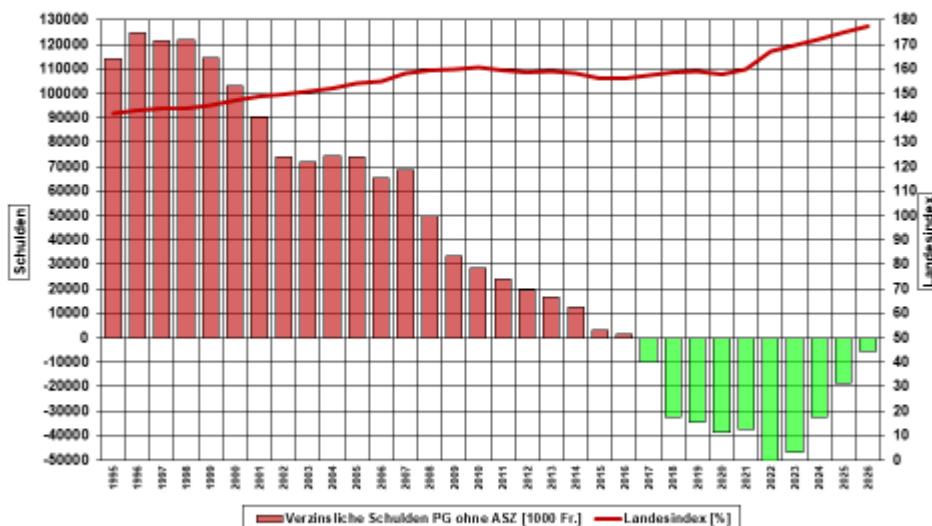


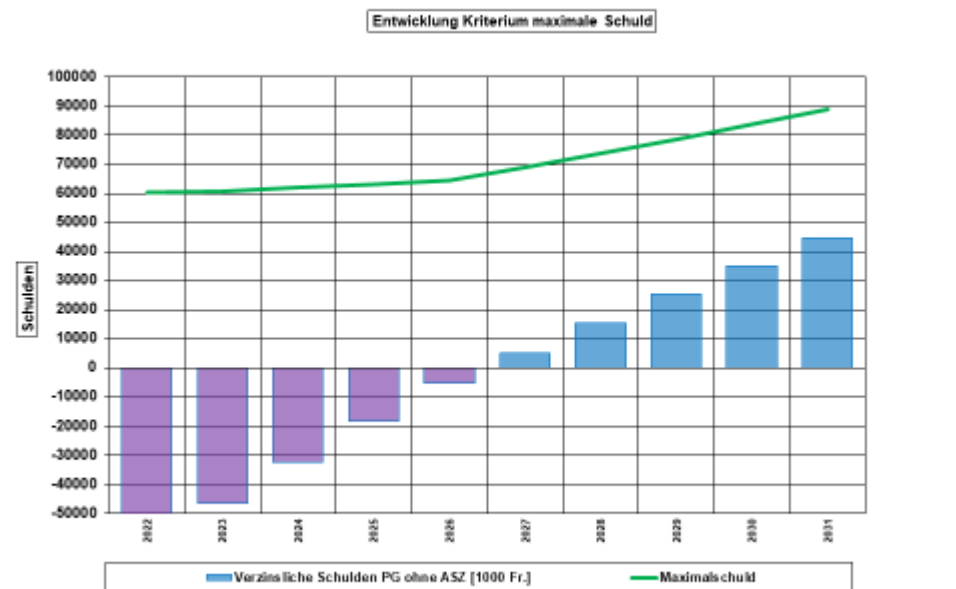
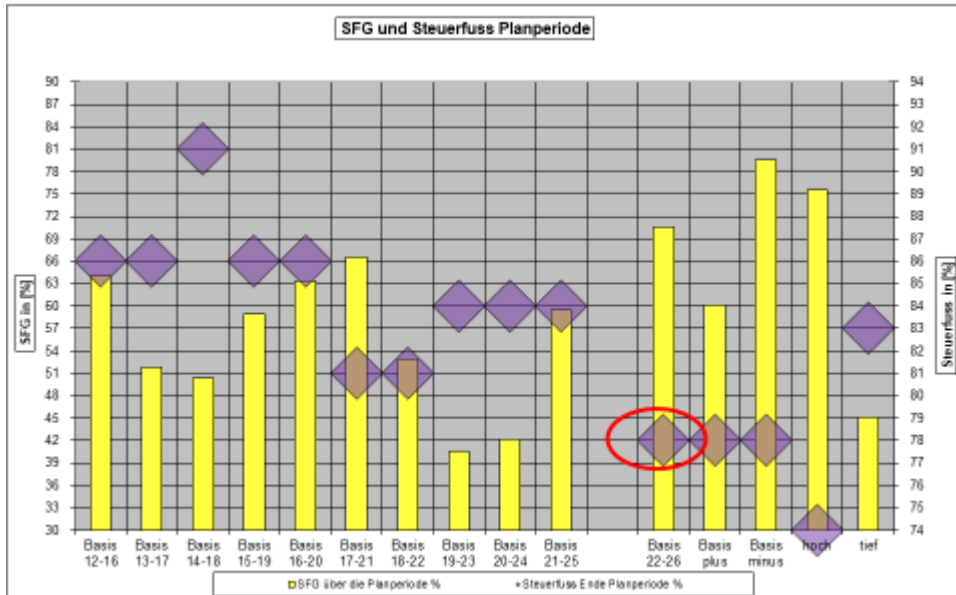


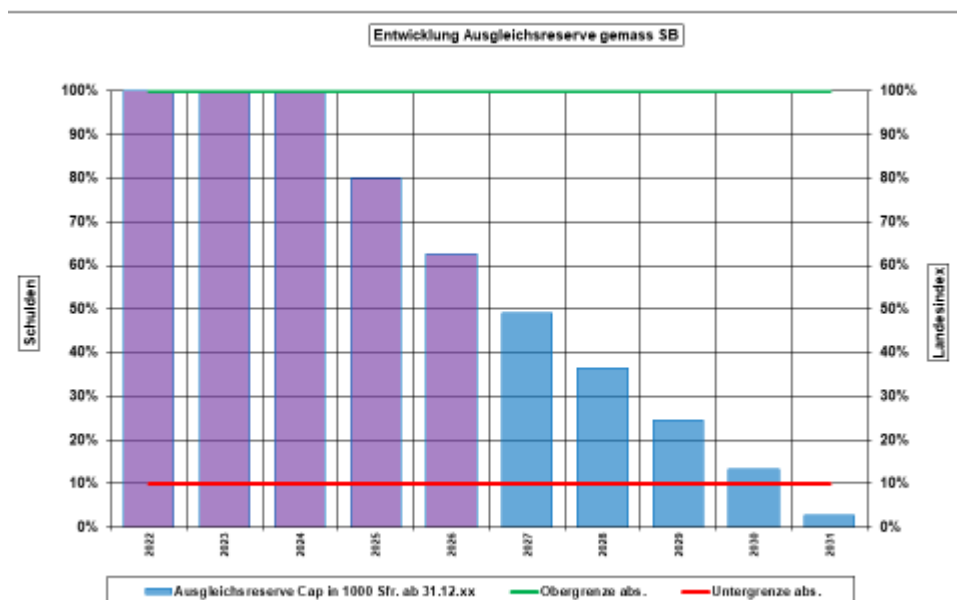
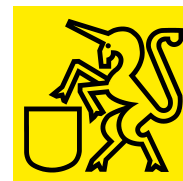
Entwicklung verzinsliche Schuld (Pol. Gut)



Entwicklung verzinsliche Schuld relativiert um ASZ



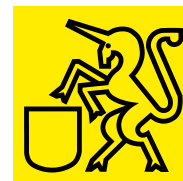




Die Hochrechnung der Zahlen des aktuellen Jahres 2022 zeigt folgendes:

- Einer der wichtigen Kostenblöcke ist die gesetzliche wirtschaftliche Hilfe. Da zeichnet sich aber eine Stabilisierung oder sogar leichter Rückgang auf hohem Niveau ab.
- Die Pflegefinanzierung, die eigentlich mit der Spitalfinanzierung hätte saldoneutral sein sollen, ist jahrelang angestiegen. Auch hier zeichnet sich eventuell eine Stabilisierung auf hohem Niveau ab.
- Bei den Zusatzleistungen zur AHV/IV, in deren Bereich ein kantonales Gesetz geändert hat, erhält Dübendorf einen höheren Anteil der Kosten vom Kanton vergütet.
- Gleichzeitig hat der Kanton das Kinder- und Jugendhilfegesetz angepasst, was zu Lasten der Gemeinden geht.
- Die Schülerzahlen der Primarschule steigen was die absoluten Kosten steigen lässt. Die Kosten pro Schüler scheinen sich aber auch hier zu stabilisieren.
- Die Laufende Rechnung lag im August etwa Fr. 1.0 Mio. unter dem Voranschlag, dies sieht auch nach den neusten Zahlen noch ähnlich aus, auch wenn im Dezember keine eigentliche fundierte Hochrechnung mehr erstellt wird.
- Die Investitionsrechnung liegt gemäss Hochrechnung August ca. Fr. 4 Mio. unter dem Voranschlag. Dies entspricht ca. 80% der budgetierten Investitionen. Die neueren Zahlen zeigen, dass es vielleicht eher ca. 5 Mio. unter Voranschlag und ca. 75% sein wird.
- Der Steuerertrag (Schätzung 12.22) ca. Fr. 8.9 Mio. plus gegenüber dem Budget bei den ordentlichen Steuern.
- Die Grundsteuern liegen plus Fr. 8.7 Mio. gegenüber dem Budget
- Die Verschuldung des politischen Gutes (mit oder ohne ASZ Darlehen) bleibt Ende 2022 klar im Vermögensbereich
- Der Stadtrat hat beschlossen 2022 keine Massnahmen zu treffen.

Finanzvorstand Martin Bäumle (glp/GEU) führt folgende Schlussfolgerungen zum Voranschlag 2023 aus:



- Die Wachstumsprognose der Steuererträge 2023 werden immer noch gut eingeschätzt. Die Steuerreform 17 und Covid-19 haben keinen Effekt. Offen sind die Folgen des Krieges in der Ukraine.
- Die Grundsteuern werden auf Fr. 16.0 Mio. nochmals sehr hoch erwartet
- Der Aufwand aus der Laufenden Rechnung ist nach Budgetüberarbeitung mit rund Fr. 1.0 Mio. über der Finanzplanung (Basis). (FIA "hilft uns" mit 7.6 Mio. weiter).
- Die Steuerreform 17 wurde nicht weiter berücksichtigt. Dynamisch scheinen die potentiellen Einbussen bis heute eher positiv, zumindest aber neutral, zu wirken.
- Die Investitionsrechnung wird ab 2023 wegen Einzelposten ansteigen bzw. hoch bleiben.
- ASZ wird im Finanzplan über Fr. 30 Mio. (75%) weiter als zu refinanzierendes Darlehen geführt, was grundsätzlich möglich scheint.
- Das Basisszenario ist unter diesen Annahmen mit nochmals etwas reduzierten Risiken behaftet wie im Vorjahr
- Die Zielvorgaben des Stadtrates und die Budgetphase für den Voranschlag 2023 wirkten leicht aufwanddämpfend
- Die aktuelle Schuldenfreiheit ist temporär, aber die Investitionsrechnung 2023 kann wohl noch aus den Vorjahresresultaten finanziert werden.
- Dübendorf ist finanziell nach positiven Jahren immer noch gut aufgestellt – (seit Ende 2017 faktisch mit einem kleinen Vermögen) – ab 2024/25 dreht es mutmasslich in Schuld. Es kann so immer noch eine gewisse Neuverschuldung verkraften.
- Dank der guten "Schuldensituation" bleibt Dübendorf "investitionsfähig".
- Die auf 2018 beschlossene 5% Steuerfussenkung (bzw. 3-4 % davon) sind dank besseren Erträgen und Grundsteuern auch mit ersten Resultaten Leistungsüberprüfung weiter im Sinne einer «Dividende» bis ca. 2030 zu halten (eher 12 Jahre statt 3-4).
- Die markanten Überschüsse 21 und 22 (die immer noch vertretbare IR) und das «Vermögen» lassen auf 2023 eine weitere Steuersenkung von 3 % im Sinne einer «Dividende» für ca. 4 Jahre zu.
- Die Senkung des Steuerfusses 2018 und 2023 können nur beibehalten werden, wenn
  1. eine Refinanzierung des ASZ-Kredites zu rund 75% erfolgen kann und begleitende Folgekosten (EL/Pflegefinanzierung) im Rahmen bleiben.
  2. die übrigen hohen Investitionen aus dem Nachholbedarf (u.a. Schulen, Tiefbau) priorisiert und zeitlich optimal gestaffelt werden können.
  3. zusätzliche und neue Projekte (wie z.B. Hallenbad, Bushof) haben keinen Platz resp. müssten durch eine entsprechende Steuererhöhung finanziert werden.

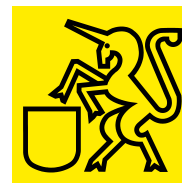
Der Finanzvorstand zeigt die Ziele des Stadtrates im Finanzplan 2022-2026 auf und erklärt welche erreicht werden könnten und welche nicht:

1. Reduktion des Wachstums beim Nettoaufwand in der Laufenden Rechnung (bedingt möglich)
2. Selbstfinanzierung von möglichst 100% im 5-Jahresmittel (nicht möglich).
3. Die Verschuldung beträgt am Ende der Legislatur maximal Fr. 50 Mio. (möglich).
4. Es besteht keine Nettoschuld (möglich).
5. Erhaltung eines langfristig stabilen und attraktiven Steuerfusses (bis ca. 2026/27 bedingt möglich).
6. Die Ziele der Schuldenbremse können alle eingehalten werden (tritt per 1.1.2023 in Kraft).

## Diskussion

### André Csillaghy (SP)

"Als letztes Jahr über das Budget 2022 debattiert wurde, wies die SP darauf hin, dass die Stadt verwaltet wird, ohne sich für eine nachhaltige Gestaltung einzusetzen. Diese Haltung wiederholt sich



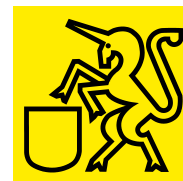
systematisch. Die Attraktivität der Stadt soll auf niedrigen Steuern basieren. In der Nähe von Zürich bietet sich den Wohlhabenden die Möglichkeit, die Vorzüge der Urbanität zu geniessen, ohne die vollen Kosten dafür tragen zu müssen und entsprechend wenig für die Allgemeinheit und diejenigen, die sich weniger leisten können, beizutragen. Die Situation wird nun durch eine Steuersenkung noch verschärft. Und dies ist ein Fehler. Was ich jetzt vorhin gesehen habe, bestätigt meine Ansicht. Wir sollten der Allgemeinheit nicht weiter reduzieren. Diese Ressourcen sind notwendig, um eine lebendige, dynamische, zukunftsorientierte Stadt zu schaffen. Manche behaupten, es ginge darum, der Bevölkerung etwas – wie eine Dividende - zurückzugeben, was ihr gehört. Das ist aber ein Trugschluss, es geht nicht um eine Rückgabe von Arbeit und Fleiss, sondern um Lahmheit. Eine schlechte Bilanz von wiederholt verpassten Gelegenheiten. Bestimmte Anliegen liegen schon so lange brach, dass man ihren Nutzen gar nicht mehr ersieht. Ich finde Leepünt symbolisiert so anschaulich die aktuelle Finanzpolitik: Ein superteurer Boden, darauf eine Brache mit einem abbruchreifen Gebäude. Wir drehen uns in einem Teufelskreis. Je weniger wir tun, desto weniger Ressourcen werden benötigt. Deshalb wird es billiger und somit kann noch weniger getan werden. Dieser Teufelskreis ist ein grosses Problem für die Zukunft unserer Stadt. Wir sollten etwas tun, um daraus auszusteigen. Der Ausstieg ist notwendig, weil sonst das Prinzip der Umverteilung in Frage gestellt wird. Steuern haben dank der Progression auch eine Umverteilungsfunktion. Es ist ein sozialer Pakt mit der Gesellschaft. Wenn ich reich werde, gebe ich etwas an die Gemeinschaft zurück und helfe den weniger wohlhabenden, ein stabiles soziales Umfeld zu schaffen. Der Ausstieg ist aber auch wirtschaftliche notwendig. Das stabile soziale Umfeld kommt der Wirtschaft zu Gute und gibt auch den weniger wohlhabenden die Chance, selbst am Wachstum teilzunehmen. Auf lange Zeit profitieren alle davon. Natürlich muss die Höhe der Steuern sorgfältig festgelegt werden, aber die Steuersenkung, die hier praktiziert wird, ist vor allem ein opportunistischer Gewinn für die Reichen. Es ist eine Chance für sie, sich in der Steuerprogression tiefer zu stellen. Am Ende können sich die einen keinen Kaffee mehr leisten, während die anderen sich einen neuen Geländewagen kaufen können. Wir müssen uns die Mittel geben, um aus dem Teufelskreis auszubrechen. Wir müssen uns die Ressourcen verschaffen, um die in den letzten Jahren vernachlässigten sozialen Aufgaben und die gesetzlichen Anforderungen zu erfüllen. Wir müssen systematisch die verschiedenen Bereiche durchgehen und die Bedürfnisse der einzelnen Abteilungen berücksichtigen. Von der sozialen Sicherheit über die Grundbildung bis hin zu ausreichenden Grünflächen zur Förderung der Artenvielfalt. Und wir müssen auch die Kultur fördern. Diese ernüchternde Lage führt uns zu dem Entscheid, das Budget abzulehnen, wenn die Steuersenkung genehmigt wird. Die geplante Steuersenkung wird kurz und mittelfristig zu Kürzungen beim Personal und bei den Dienstleistungen für die Bevölkerung führen, was die Lebensqualität für alle beeinträchtigen wird. Eine solche Politik ist unverantwortlich. Entsprechend schlagen wir vor, den Steuersatz auf dem derzeitigen Niveau zu belassen."

#### Lukas Schanz (SVP)

"Ich würde gerne die Person kennenlernen, die sich durch diese Steuersenkung einen neuen Geländewagen leisten können. Wenn wir einen solchen Steuerzahler in Dübendorf hätten, dann hätte nicht nur der Finanzvorstand eine sehr grosse Freude. Das geht wohl rein rechnerisch nicht auf."

Wie der GRPK-Präsident und der Finanzvorstand bereits erläutert haben, weist das Budget ein positives Ergebnis aus. Wir können also wiederum einen Vorfinanzierungsfonds äufnen. Wie bereits letztes Jahr im Referat von Patrick Walder erwähnt, erhalten wir viel Geld vom Kanton für Zusatzleistungen aus dem Finanzausgleich und neu auch aus dem Strassenfonds. Hier den Überblick zu bewahren fällt nicht nur den Steuerzahlern schwer, sondern wohl auch dem Stadtrat, der die Gelder aus dem Strassenfonds gar nicht budgetiert hatte.

In der Hochrechnung 2022 rechnet der Stadtrat mit einem Gewinn von über 18.9 Mio Franken. Es wäre schön, wenn dieser Gewinn durch Sparmassnahmen hätte generiert werden können. Aber lei-



der entstand er, weil wir zu viele Steuern einnehmen, also dem Steuerzahler mehr wegnehmen als wir brauchen. Dazu später mehr.

Wir haben hohe Erwartungen an die Leistungsüberprüfung. Dort soll alles wieder einmal durchleuchtet werden, so dass alles heruntergefahren wird, was nicht zu den Kernaufgaben des Staates gehört und das Ausgabenwachstum gebremst werden. Schliesslich budgetieren wir pro Einwohner Fr. 6'420. Im Jahr 2021 wurden pro Einwohner Fr. 6'203 ausgegeben. Das sind andere Zahlen, als sie Christian Gross vorhin ausgeführt hat.

Noch etwas zum Selbstfinanzierungsgrad: Diesen muss man über mehrere Jahre betrachten. Wir hatten im 2021 einen Selbstfinanzierungsgrad von 212 %. Und im 2022 wird dieser bei 181 % sein. Wer meint, dass Investitionen aus Ertragsüberschüssen finanziert werden müssen, der hat grundlegendes nicht verstanden.

Noch immer ist die Abteilung Hochbau ein grosses Sorgenkind der Stadt Dübendorf. Die Budgetierung ist absolut intransparent. Vieles weist darauf hin, dass im Hochbau der Grundsatz der Bruttoverbuchung, welcher im Gemeindegesetz festgeschrieben ist, nicht eingehalten wird und somit ein Gesetzesverstoss vorliegt. Wir erwarten, dass die Jahresrechnung 2022 die nötige Transparenz für die Bevölkerung von Dübendorf geschaffen wird, ansonsten wird sich die SVP die Frage stellen, ob die Jahresrechnung für den Hochbau abgenommen werden kann. Es wird schon lange darauf hingewiesen, wir sind immer wieder vertröstet worden und haben genug Ausreden gehört. Jetzt ist es an der Zeit, dass der Stadtrat zeigt, dass er sich darum kümmert.

Wir begrüssen, dass der Stadtrat nicht einfach einen Teuerungsausgleich für das ganze Personal beschlossen hat, wie das der Kanton macht und es die SP gerne hätte. Der Stadtrat hält an einem System fest, das in den vergangenen Jahren immer zu Gunsten der Mitarbeitenden war und sich nun zum ersten Mal zu deren Ungunsten auswirkt. Es ist bezeichnend, dass gewisse sofort nach einem neuen System schreien. Wir finden es auch gut, dass das Geld in einen Topf geht, aus dem es die Abteilungsleiter verteilen können. So ist es möglich, dass Angestellte mit tiefen Salären mehr erhalten als solche mit sechsstelligem Lohn.

Abschliessend möchte ich noch erwähnen, dass die SVP-Fraktion allen Anträgen der GRPK zustimmen wird mit Ausnahme von jenem betreffend dem Steuerfuss."

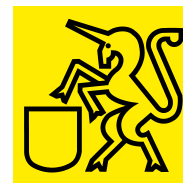
#### Julian Croci (Grüne)

"Nach langem Drängen der Bürgerlichen ist nun der Stadtrat eingeknickt. Es soll eine Senkung des bereits tiefen Steuerfusses geben. Dies ungeachtet des Investitionsstaus, einer chronisch unterbesetzten Verwaltung und einem Budget, welches nicht einmal den vollen Teuerungsausgleich für die Angestellten vorsieht. Das restliche Budget ist so wie jedes Jahr, sehr mau. Einmal mehr sehen wir nicht, dass Dübendorf die notwendigen Investitionen für eine langfristig lebenswerte Stadt tätigt. Kurzfristig sieht es nicht besser aus. Anstatt dafür zu sorgen, dass Dübendorf als Arbeitgeber attraktiver wird und damit die Folgen des Fachkräftemangels vorzubeugen, steckt der Stadtrat lieber den Kopf in den Sand und betreibt noch ein wenig Wahlkampf mit einer Steuersenkung.

Und nun noch direkt als Antwort auf das Votum der SVP: Wenn wir nur noch die staatlichen Kernaufgabenerfüllen sollen, dann können wir heute Abend auch das Budget ablehnen, ein Notbudget einführen, den Rat auflösen und dann nur noch die gebundenen, also die Kernaufgaben erfüllen."

#### Stefan Angliker (FDP)

"Der Stadtrat budgetiert für das kommende Jahr erfreulicherweise eine ausgeglichene Rechnung. Dübendorf befindet sich tatsächlich in einer guten finanziellen Situation, allerdings belastet derzeit die



hohe Inflation und dabei vor allem die steigenden Energiepreise unser Gewerbe und die privaten Haushalte schwer. Die vom Stadtrat beantragte Steuersenkung um 3 %, die gemäss den Ausführungen des Finanzvorstandes vom Stadtrat zu Recht beantragt wird, entlastet nun die Dübendorferinnen und Dübendorfer finanziell, hilft unserem Gewerbe und trägt dazu bei, dass Dübendorf seine Attraktivität als Wirtschaftsstandort beibehalten kann. Das von Stadtrat seit 2012 erfolgreich angewendete System zum Teuerungsausgleich ist für unser städtisches Personal von nachhaltigem Vorteil. Das bewährte System hat Vorbildcharakter. Es heizt die in inflationären Zeiten gefährliche Lohn-Preis-Spirale nicht unnötig an und soll daher beibehalten werden. Sorgen bereitet der FDP-Fraktion hingegen die kontinuierliche Aufwandsteigerung. Wir erwarten, dass dank der laufenden Leistungsüberprüfung Sparpotential konsequent genutzt wird, dass dank Fortschritten in der Digitalisierung die Effizienz der Verwaltung weiter gesteigert werden kann und dass dadurch unsere Verwaltung schlanker wird und bleibt. Auch auf der Investitionsseite müssen Prioritäten gesetzt werden und Investitionsentscheide sind an ihrer Zweckmässigkeit und ihrer Finanzierbarkeit zu messen.

Unsere Fraktion schliesst sich im Übrigen den Ausführungen des GRPK-Präsidenten an. Wir werden allen Änderungsanträgen der GRPK und somit einem Budget mit einem Steuerfuss von neu 78 % zustimmen."

#### Thomas Maier (glp/GEU)

"Gerne sage ich auch noch ein paar Worte aus Sicht unserer Fraktion zum Budget 2023. Im Wesentlichen können wir uns den sehr guten Ausführungen unseres GRPK-Präsidenten anschliessen und ich muss daher nicht alles wiederholen, was du, Paul, schon gesagt hast – danke. Ich möchte aber 2 bis 3 Punkte, die uns sehr wichtig sind, noch einmal herausheben.

Alles in allem sind wir sehr zufrieden mit der Qualität der Budgetierung, der Beantwortung der Fragen, der Zusammenarbeit mit dem Stadtrat und dem erwarteten Resultat fürs Jahr 2023.

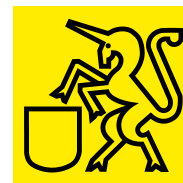
Wir haben in der GRPK viele Fragen zum Budget 2023 gestellt und auch der Austausch mit dem Stadtrat war dieses Jahr sehr ausgiebig. Im Grundsatz konnten alle Fragen zur Zufriedenheit von uns beantwortet werden.

Folgende Bereiche gaben auch aus unserer Sicht zu Recht zu Diskussionen Anlass.

Im Bereich der Dienstleistungen Dritter sind wir der Meinung, dass sich die Beträge in den letzten Jahren auf ein sinnvolles Mass eingependelt haben und die Stadt dort gerade beispielsweise im Planungsbereich einen gewissen Spielraum braucht. Weitere Kürzungen braucht es dort – aktuell – nicht.

Bei der Oberen Mühle werden auch wir den Mehrheitsantrag der GRPK unterstützen. Wie der Stadtrat in seinen Antworten ausführte, wird die Obere Mühle ihren Betrieb mit dem neuen Saal wohl erst im Herbst 2023 aufnehmen. Entsprechend soll der neue Betriebsbeitrag auch ab Herbst 2023 budgetiert werden und nicht bereits ab 1. Januar 2023.

Auch im Bereich Hochbau werden wir der Mehrheit zustimmen und den Antrag der Minderheit, welche den Betrag für die Neuausschreibung der Ingenieurleistungen kürzen will, ablehnen. Wir kamen zum Schluss, dass es besser ist, diese Ausschreibung auch juristisch gut begleitet mit den entsprechenden Kosten vorzunehmen, da der neue Vertrag dann wieder zehn Jahre gilt und uns hoffentlich langfristig entlastet in diesem Bereich. Das Know-How für die Ausschreibung ist offenbar intern nicht vorhanden. Ein anderes Thema ist dann, was wir ausschreiben und wer überhaupt offerieren kann. Dies werden wir aber in der GRPK separat aufnehmen.



Damit kommen wir zu dem Bereich, der bei uns ja bereits letztes Jahr Anlass zu Fragen gab, die Bauabteilung. Dort sind auch wir definitiv immer noch nicht glücklich. Zwar nehmen die Altlasten offenbar ab. Wir wünschen uns von der Stadt in diesem Bereich auf 2024 endlich mehr Genauigkeit und klarere Aussagen zur Situation sowie ein transparenter Nachvollzug der Verrechnungen.

Gerne wiederhole ich unsere Worte aus dem Vorjahr: Ebenfalls sind wir der Meinung, dass in Zukunft in der Bauabteilung viel mehr Leistungen selber erbracht werden können und sollen. Andere Bereiche haben gezeigt, dass mehr Eigenleistung unter dem Strich zu mehr Effizienz und tieferen Kosten führt. Die Kostenbetrachtung ist hier aber nur ein Aspekt. Wie wir alle wissen, stehen in Dübendorf in den nächsten Jahren und Jahrzehnten wiederum grosse "städte"bauliche Veränderungen an, die unser Stadtbild sehr stark prägen werden. Stichworte hierzu sind, z.B. das Leepünt-Areal, Zentrumsplanung, neue Bau- und Zonenordnung, Innovationspark, etc. Hierzu ist es aus unserer Sicht absolut zentral, dass wir in der Stadtverwaltung ausreichend und qualifizierte Kompetenzen haben, diese Prozesse im Sinne der Stadt Dübendorf zu gestalten und zu steuern. Uns ist bewusst, dass dies qualifiziertes Personal benötigt. Wir wollen, dass wir steuern und nicht, dass wir z.B. von externen Büros und externen Dienstleistern gesteuert werden. Wir sind die Auftraggeber. Wir investieren das Geld unserer Steuerzahlerinnen und Steuerzahler. Wir bestellen die notwendigen Leistungen. Externe dürfen und müssen uns gerne zuarbeiten, die Fäden müssen aber klar bei der Stadt in der Hand gehalten werden. Dazu braucht die Stadt klare Haltungen und Strategien. Was – nur am Rande erwähnt - auch die entsprechende politische Bereitschaft braucht, solche erarbeiten zu lassen und dahinter zu stehen.... Aus unserer Sicht muss das abgeschlossen sein, bevor langjährige extern vergebene Aufträge im nächsten Jahr wieder ausgeschrieben werden. Leider haben wir hier von der Stadt bis heute keine klaren Signale erhalten.

Die glp/GEU Fraktion unterstützt im Weiteren alle Mehrheitsanträge der GRPK. Daher werde ich mich zu den einzelnen Anträgen nur äussern, wenn es nötig wäre. So finden wir die Beiträge für den WFD sinnvoll. Auch bei den Parkuhren sehen wir nicht ein, warum wir dort so viel Geld ausgeben sollen. Wir fordern hier den Stadtrat klar auf, konsequent auf digitale Lösungen zu setzen. Es braucht keine neuen Münzuhren mehr und schon gar keine Schranken bei den Parkplätzen der Schule.

Noch ein Wort zum Teuerungsausgleich für die Menschen, die jeden Tag im Dienste unserer Stadt ihr bestes Geben: Der GRPK-Präsident hat schon erklärt, dass die Angestellten der Stadt mit dem Modell von uns über die lange Sicht gesehen besser fahren und v.a. regelmässig Erhöhungen erhalten. Wir teilen diese Ansicht.

Zum Steuerfuss werde ich mich, falls notwendig, bei der Steuerfussdebatte äussern."

Da es keine weiteren Wortmeldungen gibt, erfolgt nun die Detailberatung der einzelnen Kapitel.

## **Detailberatung Erfolgsrechnung**

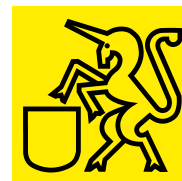
### **Kapitel 1 Präsidium**

Es liegen zwei Änderungsanträge der GRPK zu diesem Kapitel vor.

#### **1. Änderungsantrag**

##### GRPK-Präsident Paul Steiner (SVP)

"Bei dem Änderungsantrag geht es um den Betriebsbeitrag an die Obere Mühle. Bisher waren dafür die vom Stimmbürger jährlich bewilligten CHF 275'000 budgetiert. Für 2023 hat der Stadtrat CHF 425'000 veranschlagt, also plus CHF 150'000. Als Begründung verweist er auf seinen Beschluss 22-



164 vom 31. März 2022. Aus dem geht hervor, dass die Obere Mühle ein Unterstützungsgesuch gestellt hat, für das laufende und das nächste Jahr. Das hat der Stadtrat bewilligt und zulasten der laufenden Rechnung bereits CHF 150'000 ausbezahlt. Gleichzeitig hat er beschlossen, bereits ab dem kommenden Januar den vollen Unterhaltsbeitrag für das neue Mehrzweckgebäude zu entrichten.

Die Mehrheit der GRPK ist mit diesem Vorgehen des Stadtrats nicht einverstanden und vertritt die Ansicht, dass die Erhöhung des Betriebsbeitrags erst ab Inbetriebnahme des Speichers bewilligt ist. Die Abstimmungsvorlage zum Mehrzweckgebäude lautete: "Neubau Mehrzweckgebäude Obere Mühle Baukredit Fr. 8'500'000.00 und jährliche Folgekosten Fr. 485'000.00 sowie Anpassung der Stiftungsurkunde der Stiftung «Obere Mühle – Kultur in Dübendorf»" Da ist die Rede von jährlichen Folgekosten und nicht von einer unabhängigen Erhöhung des Beitrags, irgendwann zwischen der Abstimmung und der Fertigstellung des Gebäudes. Da der Stadtrat frühestens im Herbst 2023 mit der Inbetriebnahme des MZG rechnet, beantragt die Mehrheit der GRPK, die für 2023 zusätzlich budgetieren CHF 150'000 pro Rata, um CHF 112'500 zu kürzen."

*Konto 1071.363400 (Kultur- und Freizeitzentrum Obere Mühle) Beiträge an öffentliche Unternehmungen*

Antrag Stadtrat	Fr.	425'000.00		
Antrag GRPK	Fr.	312'500.00	(Abweichung: - Fr.	112'500.00 S)

## GRPK-Mitglied Christian Gross (SP)

"Die SP lehnt diesen Antrag ab, und zwar gleich doppelt.

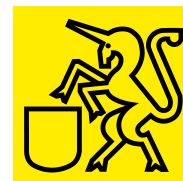
Einerseits inhaltlich; die Obere Mühle ist eine wichtige Kulturinstitution. Sie braucht dieses Geld und soll es erhalten. Für mich wichtiger ist aber der zweite Grund. Wir lehnen diesen Antrag auch ab, weil er ein Angriff auf die Demokratie ist. Das mag jetzt etwas heftig klingen, ist aber so.

Die Macht in Dübendorf – sorry wenn da jetzt etwas viel Pathos drin ist – geht vom Souverän aus; das ist die Stimmbevölkerung, also alle über 18-Jährigen mit Schweizer Pass. Da der Souverän aber nicht gut alles selbst ausdiskutieren kann, delegiert er seine Macht. An uns. Wir haben – ich hoffe das schockiert euch jetzt nicht - eigentlich gar nichts zu sagen, aber wir vertreten die Stimmbevölkerung, wenn es darum geht, Gesetze auszuarbeiten.

Der Souverän überträgt aber nicht seine ganze Macht an ein Gremium. Sonst könnte dieses Gremium ja diese Macht missbrauchen, am Willen des Souverän vorbeiregieren, sich selbst immer mehr Kompetenzen geben. Stattdessen wird die Macht in drei Bereiche aufgeteilt: Eine Gruppe legt Regeln fest, eine andere setzt sie um, und eine dritte interpretiert sie. Im Fall Obere Mühle hat der Gemeinderat eine Abstimmungsweisung verabschiedet, er hat also eine Regel aufgestellt. Diese wurde dann vom Souverän noch in einer Volksabstimmung abgesehnet, weil es doch um relativ viel Geld ging. Anschliessend hat der Stadtrat die Regel umgesetzt; er hat die Beiträge an die Obere Mühle erhöht. Soweit, so gut.

Leider war die Abstimmungsweisung von, nett gesagt, mittelmässiger Qualität. Das beginnt schon beim Titel; da ist von Folgekosten die Rede, obwohl gleich danach gesagt wurde, dass es grösstenteils nicht um Folgekosten geht: Zitat «Soll der Kulturbetrieb weitergeführt werden, ist unabhängig vom Bau des MZG eine Erhöhung des Betriebsbeitrages notwendig». Dass Titel von Abstimmungsvorlagen manchmal etwas irreführend sind, wissen wir seit der SVP-Milchkuh Initiative sehr gut – es ging damals um Autos, nicht um Landwirtschaft – trotzdem ist so ein ungenauer Titel mühsam. Formal schwerwiegender ist aber, dass die Abstimmungsweisung nicht definierte, ab wann sie denn eigentlich gültig ist. Und da sind wir bei der dritten Gruppe von Machtausübung: Die Interpretation der Regeln.

Inzwischen gibt es ein Rechtsverfahren zu genau dieser Frage; ab wann die höheren Beiträge gelten. Es wird eine Entscheidung der Judikative geben – das sind die, die im Gegensatz zu uns das Recht und den Auftrag haben, Regeln zu interpretieren – und es gibt eine Volksentscheid. Beides steht über unseren Kompetenzen. Darum ist der Kürzungsantrag ein Frontalangriff auf die Demokratie: Der Ge-



meinderat mischt sich in Bereiche ein, die ihn nichts angehen und fordert mehr Macht ein, als ihm zusteht. Ich respektiere den Volksentscheid, und ich werde den Entscheid der Judikative zur Auslegung allfälliger Unklarheiten respektieren. Die SP und ich erwarten vom Stadtrat, dass er dasselbe tun wird – und den Betrag, der durch die Volksabstimmung definiert wurde, auch wirklich auszahlt."

#### GRPK-Mitglied Tanja Boesch (die Mitte/EVP)

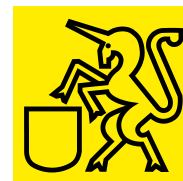
"Eine GRPK-Minderheit ist gegen die Kürzung des Betriebsbeitrags für die Obere Mühle. Der Antrag im März 2019 für den Baukredit des Mehrzweckgebäudes und den Betriebs- und Unterhaltsbeitrag hat klar dargelegt, dass im Falle einer Ablehnung des Baukredits der Betriebsbeitrag erhöht werden müsste und zwar auf Fr. 365'000 und der Unterhaltsbeitrag auf Fr. 30'000.

Der Betrieb des neuen Mehrzweckgebäudes fängt nicht erst mit der Eröffnung an. Es gibt Vorarbeiten zu erledigen und Personal muss eingestellt werden. Eine Kürzung des Budgets von Fr. 425'000 um Fr. 112'500 ist deshalb nicht realistisch.

Die Obere Mühle, resp. die Stiftung Obere Mühle erhält seit 1991 einen jährlichen Betriebsbeitrag von Fr. 250'000. Ursprünglich war es ein Defizitbeitrag, der 2007 in einen Betriebsbeitrag umgewandelt wurde. Mit den zusätzlichen Aufgaben, einem erweiterten Leistungsanspruch und einer zeitgemässen Erhöhung der Saläre ist eine Erhöhung des Betriebsbeitrages mehr als überfällig. Und darum möchten wir Sie bitten, diese Kürzung abzulehnen."

#### Stellungnahme Stadtrat, Finanzvorsteher Martin Bäumle (glp/GEU)

"Es ist nicht ganz so schwarz-weiss, wie von beiden Seiten dargestellt. Der Stadtrat hat die Grundlagen wie die Abstimmungsweisung gelesen und sieht die bestehende Situation. Er stellt sich klar auf den Standpunkt, dass die Fr. 365'000 gemäss Weisung unabhängig von der Annahme des Baus bezahlt werden sollen. Der Kredit wurde angenommen und damit ging der Stadtrat davon aus, dass der Stimmbürger indirekt auch die Erhöhung des Betriebsbeitrags auch ohne Neubau zur Kenntnis genommen hat. Das ist juristisch nicht ganz sauber, aber ist im impliziten Schluss zulässig. Und der Stadtrat hatte nun ein Gesuch fürs 2023 auf dem Tisch von der Stiftung Obere Mühle, die eine wertvolle und wichtige Institution in Dübendorf ist. Und aktuell besteht noch eine Baustellensituation, die für die Stiftung auch nicht einfach ist. Und gestützt auf das, hat der Stadtrat fürs 2022 in seiner Kompetenz zusätzliche Fr. 150'000 gesprochen, was ein wenig über den Betrag von 365'000 ausgeht. Dies begründet sich aber ganz klar darin, dass die Obere Mühle keine einfache Situation hat. Hier möchte ich nur in Klammern auch Covid erwähnen, was die Stiftung auch überstehen musste. Mit dem Neubau hätten wir dann die 485'000, was dazu führt, dass der Stadtrat beschlossen hat, einen Verteilschlüssel von 50/50 anzuwenden: Für das halbe Jahr wird der Betriebsbeitrag von Fr. 365'000 angewendet und für die zweite Hälfte jener von 485'000. Das ergibt die Fr. 425'000 im Budget. Und hier irrt der Kommissionssprecher, wenn er sagt, die Stadt beantrage bereits den vollen Betrag. Ab 2024 werden dann die vollen Fr. 485'000 budgetiert. So gesehen hat der Stadtrat eigentlich gestützt auf eine berechnete Grundlage diesen Entscheid gefällt. Jetzt ist es aber so, dass der die Zahlung im 2022 auf seine Kompetenz genommen hat und dies im 2023 ordentlich budgetiert. Nun hat der Gemeinderat natürlich die Budgethoheit und kann anders entscheiden. Wenn der Gemeinderat dieser Kürzung zustimmen sollte, ist das für den Stadtrat unschön, da er sich durch seinen Stadtratsentscheid faktisch bereits verpflichtet hat. Es wäre eigentlich ein Wink mit dem Zaunpfahl des Parlaments, dass der Gemeinderat in seiner Mehrheit der Meinung, dass die Obere Mühle den Beitrag, den ihr der Stadtrat zugesprochen hat, nicht bekommen soll. Das wäre aber gegenüber der Stiftung ein leichter Verstoss gegen Treu und Glauben. Da ist der Stadtrat dann in einer schwierigen Lage. In diesem Sinne bitten wir klar darum, dem Antrag des Stadtrates in diesem Budgetpunkt zu folgen, damit der gutgläubig ergangene Stadtratsbeschluss umgesetzt werden kann. Auch damit die Kontinuität in der Oberen Mühle im nächsten Jahr gewährleistet ist. Ab 2024 ist die Rechtslage dann für alle klar. Der Sprecher der SP hat zu Recht erwähnt, dass wir alle das Rechtsverfahren nicht beeinflussen können. Wir werden sehen, was die Judikative in diesem Falle entscheidet. Der Stadtrat hat primär



einen politischen Entscheid gefällt, ist aber der Meinung das dieser finanzrechtlich absolut zulässig ist."

## Diskussion

### Theo Johner (die Mitte/EVP)

"...Auch wir haben dieses Thema in unserer Fraktionssitzung sehr intensiv diskutiert. Wir sind ebenfalls der Meinung, dass die GRPK hier zu viel kürzt, in dem sie hier auf die Höhe des alten Betriebsbeitrages reduziert. Wir denken aber auch, dass der Stadtrat etwas zu hoch liegt und wir haben uns dann auf einen Kompromiss von Fr. 380'000 geeinigt. Den ich hiermit beantragen möchte."

### Änderungsantrag die Mitte/EVP

*Konto 1071.363400 (Kultur- und Freizeitzentrum Obere Mühle) Beiträge an öffentliche Unternehmungen*

Antrag Stadtrat	Fr.	425'000.00		
Antrag die Mitte/EVP	Fr.	380'000.00	(Abweichung: - Fr.	45'000.00 S)

## Abstimmungen

### Gegenüberstellung der beiden Änderungsanträge

Es werden die beiden Änderungsanträge von GRPK, Reduktion auf Fr. 312'500.00, und der Mit-/EVP-Fraktion, Reduktion auf Fr. 380'000, einander gegenübergestellt.

Der Gemeinderat unterstützt dabei den Änderungsantrag der GRPK mit 19 zu 13 Stimmen.

### Gegenüberstellung Änderungsantrag GRPK und Antrag des Stadtrates

Der Gemeinderat hat den Änderungsantrag der GRPK, Reduktion des budgetierten Betrages um Fr. 112'500.00 auf Fr. 312'500.00, mit 18 zu 12 Stimmen angenommen.

## 2. Änderungsantrag

### GRPK-Präsident Paul Steiner (SVP)

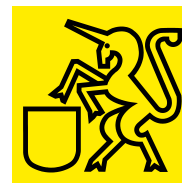
"Gemäss Stadtrat ist auf diesem Konto ein Betrag von CHF 150'000 vorsorglich für zwei neue Stellen budgetiert. Wo, in welchem Umfang und ob der Betrag überhaupt benötigt wird, das ist nicht klar. Aus Sicht der Mehrheit der GRPK ist das eine Budgetierung auf Vorrat und darum beantragt sie die Streichung aus dem Budget. Wenn im nächsten Jahr eine Stellenaufstockung doch unumgänglich werden sollte, dann hat der Stadtrat die Kompetenz diese auch ohne Budget vorzunehmen."

### Konto 1110.301001 (Personaldienste) Stellenplananpassungen

Antrag Stadtrat	Fr.	150'000.00		
Antrag GRPK	Fr.	0.00	(Abweichung: - Fr.	150'000.00 S)

### Stellungnahme Stadtrat, Finanzvorsteher Martin Bäumle (glp/GEU)

"Nur eine kleine Korrektur: Der Stadtrat budgetiert nicht Stellen auf Vorrat. Wir budgetieren seit Jahren transparent auf einem Posten, den angenommenen Bedarf an zusätzlichen Stellen. Es wurde hier auch schon gesagt, wir sind unterdotiert. Die Stadt Dübendorf kämpft damit, dass wir mit unseren Ressourcen gut umgehen und nicht einfach Stellen auf Vorrat schaffen. Wenn es aber eine Notwendigkeit gibt und beim herrschenden Wachstum gehen wir davon aus, dass im nächste Jahr ca. zwei



zusätzliche Stellen benötigt werden. In diesem Sinne: Wenn der GRPK-Sprecher sagt, der Stadtrat könne die Stellen in eigener Kompetenz schaffen, wird dies so passieren. Wir wollten transparent budgetieren. Wenn der Gemeinderat diesen Posten streicht, gibt er damit das Signal, dass er die Erwartung hat, dass die Stellen nicht einfach geschaffen werden. Wenn wir sie aber schaffen müssen, können wir dies in der eigenen Kompetenz, die wir im Stellenplan ja haben. In diesem Sinne bitte ich Sie, dem Antrag des Stadtrates zu folgen. Alles andere wäre ein Stück weit schlicht Budget-Kosmetik."

## Diskussion

### Leandra Columberg (SP)

"Wir sind eine wachsende Stadt und haben viele Projekte, die man umsetzen sollte. Wir haben zwar eine fleissige und sehr fähige Verwaltung, die ich sehr schätze. Trotzdem ist es einfach ein Fakt, dass es in einigen Bereichen definitiv Stellenerhöhungen bräuchte. Wenn man unseren Personalaufwand mit ähnlich grossen Gemeinden vergleicht, ist klar, dass eine Stadt unserer Grösse deutlich mehr Personal bräuchte. Die beantragten Fr. 150'000, das sind keine zwei Vollzeitstellen. Absurd scheint es also, dass die Mehrheit hier drinnen findet, es brauche diese Stellenerhöhungen beim Personal nicht.

Es bräuchte eigentlich deutlich mehr Stellenerhöhungen, um die Herausforderungen zu meistern, die Dübendorf bevorstehen, und nur einige der hängigen Projekte fristgerecht umzusetzen.

Die Kritik am Stadtrat finde ich dahingehend berechtigt, dass es wünschenswert wäre, wenn man mit etwas mehr Transparenz und Überzeugung erklären würde, wo genau es mehr Personal bräuchte. Ich hoffe schwer, dass man sich da bereits Gedanken dazu gemacht hat. Es ist offensichtlich, dass es einige Bereiche gäbe, an denen man mehr als diese zwei Stellen dringend bräuchte. Und diese müsste man schlicht auch nennen. Trotzdem aufgrund der Offensichtlichkeit des Bedarfs werden die Fraktionen von SP und Grünen dem Antrag des Stadtrates zustimmen."

Es gibt keine weiteren Wortmeldungen.

## Abstimmung

Der Gemeinderat stimmt dem Änderungsantrag der GRPK mit 21 zu 12 Stimmen zu.

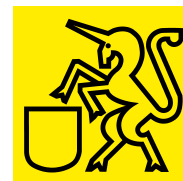
## Änderungsantrag der SP

### Leandra Columberg (SP)

"...Ich beantrage mit diesem Antrag, beim Konto 1110.301003 «Quote für Besoldungserhöhungen (ohne ASZ und PS) eine Erhöhung um Fr. 377'000 von alt Fr. 203'700 auf neu Fr. 580'700.

Dabei geht es um einen Teuerungsausgleich für das Verwaltungspersonal. Ein Ausgleich der momentan hohen Inflation ist offenbar nicht geplant. Diese müsste aber spätestens auf den 1. Januar 2023 ausgeglichen werden, denn die Angestellten hatten ja bereits in diesem Jahr einen Kaufkraftverlust von mindestens 3 Prozent. Ein voller Teuerungsausgleich könnte gut finanziert werden, wenn auf die geplante Steuerfussenkung verzichtet wird. Zur Erinnerung: der Zürcher Regierungsrat hat für den Kanton einen Teuerungsausgleich von 3.5 Prozent beschlossen.

Hunderte von Menschen arbeiten jeden Tag dafür, dass unsere Stadt funktioniert. Ich finde es nicht richtig, dass der Stadtrat auf einen eigentlichen Teuerungsausgleich verzichten möchte und gleichzeitig behauptet, er «verzichte auf Sparmassnahmen». Das ist ein Schlag ins Gesicht für alle Angestellten.



Der Stadtrat argumentiert damit, dass es in Dübendorf eine eigene Formel gibt, mit der Lohnerhöhung, Teuerungsausgleich und Einmalzulagen kombiniert berechnet werden. Dabei wird der Durchschnitt der Teuerungen der drei Vorjahre als Ansatz gebraucht und als individuelle Lohnerhöhung ausbezahlt. Das ist zum einen eine abenteuerliche Methode, die in anderen Gemeinden nicht üblich ist. Zum andern sind individuelle Lohnerhöhungen schlicht nicht dasselbe wie ein Teuerungsausgleich. Ein Teuerungsausgleich hat zum Ziel, die Kaufkraft der Lohnabhängigen zu erhalten. Es handelt sich dabei nicht um eine Belohnung oder einen Bonus, sondern schlicht um die Erhaltung des Reallohns. Ohne Teuerungsausgleich kommt es faktisch zu einer Lohnkürzung, wenn alles teurer wird, aber die Löhne nicht mithalten können.

Kein Teuerungsausgleich vorzunehmen ist unfair gegenüber den Angestellten der Verwaltung, denn die Auswirkungen der Inflation sind jetzt spürbar, nicht erst in drei Jahren. Es ist auch nicht so, dass alle, die heute hier arbeiten, in fünf Jahren noch hier arbeiten und von einem Ausgleich profitieren werden. Aus Respekt vor den Angestellten der Verwaltung bitte ich Euch dem Antrag auf Teuerungsausgleich zuzustimmen, wie dies auch die Fraktionen der SP und der Grünen machen werden.

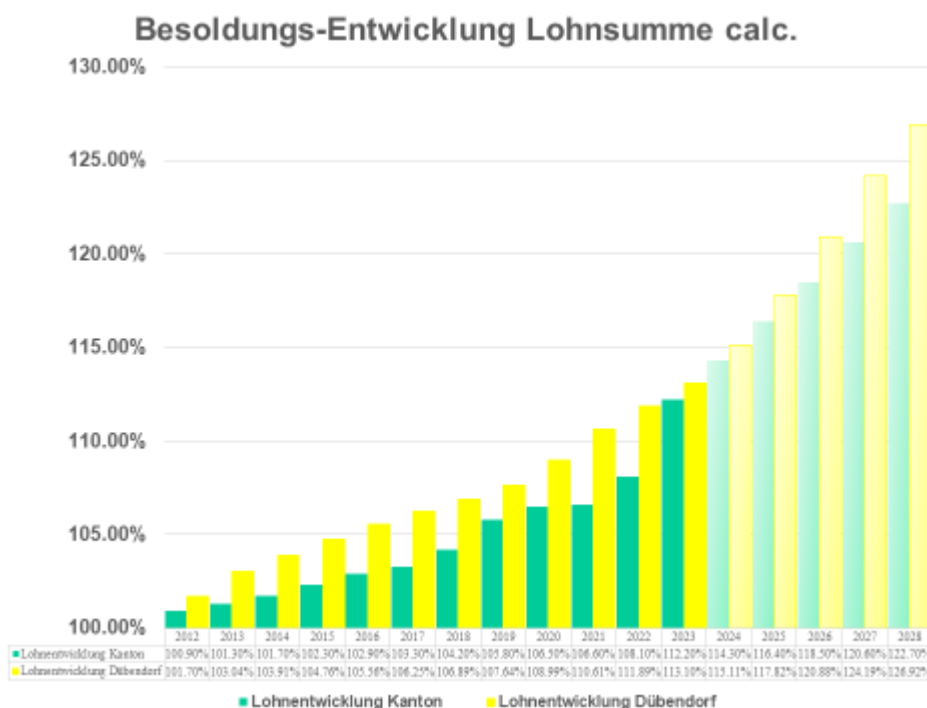
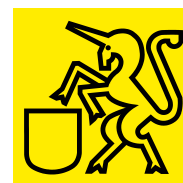
Ganz grundsätzlich sollte die momentan in Dübendorf eingesetzte unzureichende Methode, die einen halbherzigen Teuerungsausgleich und individuelle Lohnerhöhungen kombiniert, abgelöst werden durch einen klassischen Teuerungsausgleich und getrennt geregelte Lohnerhöhungen."

*Konto 1110.301003 (Personaldienste) Quote für Besoldungserhöhungen (ohne ASZ und PS)*

Antrag Stadtrat	Fr.	203'700.00		
Antrag SP	Fr.	580'700.00	(Abweichung: + Fr.	377'000.00 S)

#### Stellungnahme Stadtrat, Finanzvorsteher Martin Bäumle (glp/GEU)

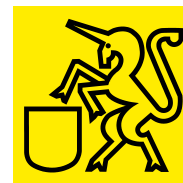
"Ich möchte mit zwei Grafiken unser Modell erklären. Festhalten möchte ich ausserdem, dass die Stadt Dübendorf 2012 nach langer und intensiver Diskussion entschieden hat, ein eigenes Lohnmodell zu entwickeln. Dieses hat einen Automatismus, der besagt, dass es jedes Jahr 1 % Reallohnerhöhung gibt und 80 % der Teuerung der letzten Jahre wird dazu addiert. Es wurde ebenso klar gesagt, dass dies kein Automatismus ist, sondern das leistungsbezogen verteilt wird. So können die Abteilungen entsprechend eine Quote erhalten und diese verteilen können. Zusätzlich kennt der Stadtrat wie andere noch Einmalzulagen, die er ausschütten kann. Auch das ist entsprechend budgetiert. Mit dem Modell ist die Stadt Dübendorf in den letzten Jahren ohne Diskussion immer gefahren. Es kam nie Kritik, als die Teuerung negativ oder inexistent war und der Kanton keinen Ausgleich vorgenommen hat. Da waren wir real immer etwas besser als der Kanton. Jetzt haben wir das erste Jahr, in dem die Stadt Dübendorf tatsächlich sagt, wir führen das Modell weiter. Und nun verweise ich auf die Lohnsummenentwicklung.



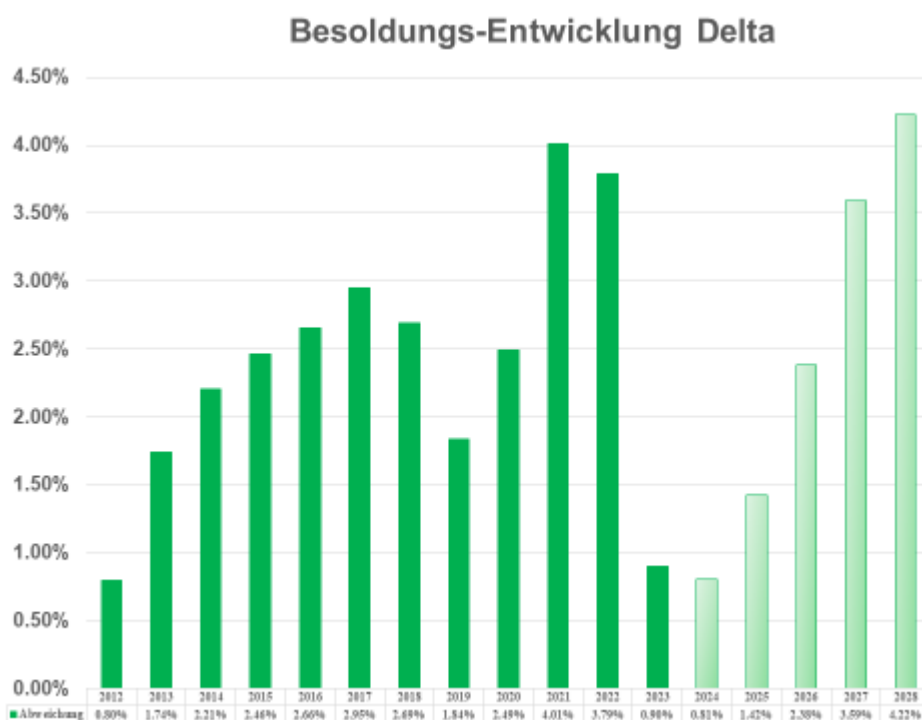
Ich zeige hier den Vergleich der Lohnentwicklung beim Kanton (grün) zur Lohnentwicklung bei der Stadt Dübendorf auf. Hier sieht man, dass Dübendorf in den Jahren 2012-2022 immer markant über den Werten des Kantons lag. Hier hat sich nie jemand beschwert. Dieses Jahr, in dem der Kanton einmalig diese 3.5% gibt und wir unserem Modell treu bleiben, ist es logisch, dass unser rückwärts-gewandtes Modell etwas langsamer ist. Dübendorf ist aber in der Lohnsumme immer noch im Vorsprung. Die weniger deutlichen Linien zeigen die Entwicklung in der Zukunft, wenn die Teuerung nächstes Jahr weiter steigt, aber nicht mit 3 oder 3.5 %, sondern mit 2 %, was bereits eher hochgerechnet ist. Aber wir wissen nicht, was mit dem Krieg in der Ukraine noch alles passiert. Dann sieht man, dass im 2024 Dübendorf nochmals etwas vom Kanton eingeholt wird, aber ab 2025 der Kanton wieder deutlich verliert. Unser Modell ist bei einer mittleren Teuerung für die Angestellten insgesamt besser. Aber es gibt keinen Automatismus, das ist richtig. Nicht jeder erhält eine bestimmte Anzahl an Prozenten.

Das Modell hat aber einen zusätzlichen Vorteil: Es wirkt auch konjunkturell dämpfend. Aktuell ist eines der grossen Probleme die sogenannte Lohn-Preis-Spirale. Wenn alle Preise und alle Löhne immer angehoben werden, dann laufen wir ökonomisch in eine Fehlentwicklung. Das Dübendorfer Modell dämpft hier.

Aber auch der Stadtrat hat erkannt, dass gewisse, vor allem tiefere, Löhne ein Problem darstellen könnten. Er hat an seiner letzten Sitzung daher nach langer Vorbereitung beschlossen, ein Weihnachtsgeld von Fr. 1'000 pro Mitarbeiter auszubezahlen. Und nun sollte die Linke gut zuhören: Die Fr. 1'000 führen dazu, dass unsere Lohnsumme 2023 bei einem Mitarbeitenden mit einem Lohn von Fr. 70'000 um 2.5 Prozent erhöht wird. Bei jemanden mit einem Lohn von Fr. 100'00 sind dies noch 2.08 % usw. Eines ist klar: Ein Teuerungsausgleich ist bei den tiefen Einkommen tatsächlich kaufkrafterhaltend und darum wichtiger, als bei jemandem mit einem Lohn über Fr. 120'000-130'000, wo es dann mehr vermögensbildend ist.



Mit der Entscheidung unser Modell weiterzuführen, dass ein sehr gutes Modell ist und langfristig gut funktioniert, und der Einmalzulage, mit dem wir ein wenig auf die aktuelle Situation reagieren und natürlich auch weil wir einen sehr guten Abschluss haben, den aber nicht primär die Mitarbeitenden, sondern der Steuerzahler verursacht hat, haben wir da ein Gleichzugetan. Und in diesem Sinne noch zur Abschlussgrafik:

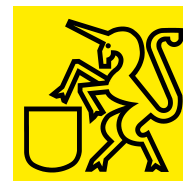


Da sieht man im Delta die Abweichung. Man sieht tatsächlich wie es im 2022 ist, Dübendorf ist massiv davongezogen mit fast 4 %. Im 2023 und 202 fällt dies wegen dem relativ starken Teuerungselement auf 1 % und dann steigt es wieder. Das Modell funktioniert so lange, wie die Realteuerung jährlich wiederkehrend nicht deutlich über 3-4 % sein wird und alle anderen ausgleichen. Was der Kanton in der Vergangenheit meistens auch bei hoher Teuerung nicht zu 100% gemacht hat. Wir werden auch dann sehen müssen, welches Modell bei hoher Teuerung wirklich besser ist. Eines ist klar: Solange wir eine normale Teuerungsentwicklung haben, hält der Stadtrat an seinem Modell fest. Es wäre nun falsch, wenn der Gemeinderat uns einen Auftrag geben würde, das Modell zu wechseln und mehr zu verteilen. Lasst uns bei diesem Modell bleiben. Unterstützen Sie den Antrag des Stadtrates."

## Diskussion

### Lukas Schanz (SVP)

"Es ist selten, dass Martin Bäumle und ich uns so einig sind. Darum halte ich mich relativ kurz. Ich habe es bereits am Anfang bei der einleitenden Diskussion gesagt: Wir haben ein bewährtes System, das in den vergangenen Jahren immer zu Gunsten der Mitarbeitenden war. Da hat niemand eine Änderung verlangt. Jetzt ist es zum ersten Mal zu Ungunsten der Mitarbeiter und die linke Ratsseite schreit sofort, dass die Teuerung voll und ganz ausgeglichen werden muss und am besten mit der Giesskanne für alle. André Csillaghy hat am Anfang gesagt, die SP möchte eine Umverteilung. Wir haben ein System, das genau diese Umverteilung fördert. Wir vergeben nicht allen einen Teuerungsausgleich, sondern es kommt in einen Topf und daraus wird dann verteilt. Da können die tieferen



Einkommen viel stärker profitieren als die höheren. Aber offenbar habt ihr das nicht verstanden, sonst würdet ihr nicht von einer Bastelei reden, was ich relativ daneben finde.

Und somit schliesse ich mich der Ansicht des Stadtrates an und stimme für die Ablehnung des exorbitanten Antrags."

## Christian Gross (SP)

"Ich mache es ganz kurz und möchte nur anmerken, dass man jetzt in der Diskussion zwei Begriffe wild durcheinandergemischt hat: Der eine ist der "Teuerungsausgleich" und der andere ist "individuelle Lohnerhöhungen". Das sind zwei substantiell andere Sachen: Beim Teuerungsausgleich geht es eigentlich nur darum, dass der Reallohn gleich erhalten bleibt. Individuelle Lohnerhöhungen sind Sachen, wie die begrüssenswerte Einmalzulage, die Martin Bäumle vorhin erwähnt hat. Das ist nicht dasselbe. Ich fände es schön, wenn man in Zukunft hier eine etwas sauberere Abgrenzung machen könnte. Wenn man nämlich die Inflationsprognosen betrachtet, könnte diese Diskussion noch öfters auf uns zukommen."

## **Abstimmung**

Der Gemeinderat lehnt den SP-Änderungsantrag betreffend Teuerungsausgleich für das Verwaltungspersonal mit 25 zu 9 Stimmen ab.

## **Änderungsantrag der SVP**

### Lukas Schanz (SVP)

"Die SVP-Fraktion beantragt die Streichung der im Konto 1200.311100 eingestellten Fr. 8'500. Aus unserer Sicht sind "Dübistühle", Stühle, die auf öffentlichen Plätzen aufgestellt werden, wie es sie in grossen Städten manchmal gibt, nicht notwendig. Wir befürchten, dass diese Stühle in ganz Dübendorf verstreut, in der Glatt und in der Natur Enden werden. Dass dies die Umwelt belasten würde, muss ich wohl nicht erklären.

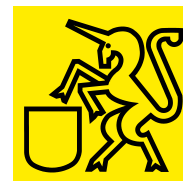
Mit Blick auf die linke Seite des Rats, zu Euch, die ihr das Postulat von Julian Croci im Zusammenhang mit Stoffkreisläufen unterzeichnet habt: Ich gehe davon aus, dass ihr diesen Antrag unterstützt, da es besser ist, Unnötiges gar nicht anzuschaffen als Altes zu recyceln. So spart man Energie und Ressourcen."

<i>Konto 1200.311100 (Gesellschaft ((vormals Einwohnerdienste)) Anschaffung Apparate, Maschinen, Geräte, Fahrzeuge, Werkzeuge</i>				
Antrag Stadtrat	Fr.	8'500.00		
Antrag SVP	Fr.	0.00	(Abweichung: - Fr.	8'500.00 S)

### Stellungnahme Stadtrat, Finanzvorsteher Martin Bäumle (glp/GEU)

"Der Antrag lag dem Stadtrat nicht vor. Ich bin mir nicht einmal sicher, ob wir mit der GRPK über dieses Thema diskutiert haben. Der Stadtrat hält an seinem Antrag fest und bittet Sie, seinem Antrag zu folgen und den Änderungsantrag der SVP abzulehnen."

## **Diskussion**



## Julian Croci (Grüne)

"Ich fühle mich geehrt und bin glücklich darüber, dass die SVP jetzt die Themen Nachhaltigkeit und Kreislaufwirtschaft auch auf Tapet bringt und sich auch dafür einsetzt. Ich hoffe, dass dies später oder an der nächsten Ratssitzung bei meinem Postulat auch noch so sein wird.

Das Problem bei solchen Stühlen, solch einer Investition in öffentliche Anlagen, ist, dass, dadurch dass es Möglichkeiten gibt, sich im öffentlichen Raum aufzuhalten und niederzulassen, man zu Hause eventuell weniger Stühle braucht. Darum bin ich ganz sicher, dass auf den Stühlen, die da im öffentlichen Raum aufgestellt werden, wesentlich mehr Sitzstunden zustande kommen wie bei privaten Gartenstühlen. Von daher würde ich trotz Klimakrise und Kreislaufwirtschaft den Änderungsantrag der SVP ablehnen."

## **Abstimmung**

Der Gemeinderat hat mit 24 zu 10 Stimmen den Antrag der SVP auf Streichung der Fr. 8'500 für die Dübistühle abgelehnt.

Zum Kapitel 1 Präsidium werden keine weiteren Änderungsanträge mehr gestellt. Damit gilt das Kapitel Präsidium als genehmigt.

## **Kapitel 2 Finanzen**

Die GRPK stellt keinen Änderungsantrag zu diesem Kapitel.

## **Änderungsanträge der SVP**

### Sarah Steiner (SVP)

"Ich stelle gleich zwei Streichungsanträge gleichzeitig vor. Der erste ist bereits auf der Folie ersichtlich der zweite ist von Begründung und Betrag her identisch. Es handelt sich um die Konti 2030.363600 und 2030.363800. Dort sind zum einen die Beiträge für private Organisationen ohne Erwerbszweck und zum anderen die Beiträge ans Ausland budgetiert. Die beiden Beträge werden vom Stadtrat ohne rechtliche Grundlage budgetiert. Sie sind in den letzten Jahren auch schon budgetiert worden, aber mangels Umsetzungsgesuche nie ausgeschöpft worden, was auch aufzeigt, dass diese Beiträge nicht nötig sind. Sie sind ausserdem von keinem direkten Nutzen oder Gewinn von den Dübendorfer Steuerzahler. In der Zeit einer Leistungsüberprüfung ist die SVP der Meinung, dass solche Beiträge aus dem Budget herausstreichen sollte."

*Konto 2030.363600 (Hilfsaktionen (Entwicklungshilfe, Patenschaft für Berggemeinden)) Beiträge an private Organisationen ohne Erwerbszweck*

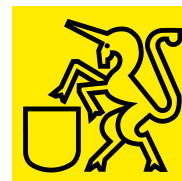
Antrag Stadtrat	Fr.	50'000.00		
Antrag SVP	Fr.	0.00	(Abweichung: - Fr.	50'000.00 S)

*Konto 2030.363800 (Hilfsaktionen (Entwicklungshilfe, Patenschaft für Berggemeinden)) Beiträge an das Ausland*

Antrag Stadtrat	Fr.	50'000.00		
Antrag GRPK	Fr.	0.00	(Abweichung: - Fr.	50'000.00 S)

### Stellungnahme Stadtrat, Finanzvorsteher Martin Bäumle (glp/GEU)

"Zuerst zu der rechtlichen Grundlage: Es gibt einen grundsätzlichen Entscheid des Parlaments von anno domini, das genaue Jahr weiss ich nicht auswendig, in dem der Gemeinderat den Stadtrat be-



auftragt, jährlich Fr. 100'00 für diese beiden Posten zu budgetieren. An diesen Beschluss halten wir uns immer. Der Gemeinderat ist frei diesen Betrag zu verändern. Es gibt aber eine zweite Bedingung aus einem der Sparpakete der Stadt: Wenn die Selbstfinanzierung über 100 % ist, werden die Fr. 100'00 budgetiert und können ausgegeben werden. Wenn sie unter 100 % sinkt, wird der Betrag auf Fr. 50'000 halbiert. Auch dies ist eine Regel, die wir immer einhalten. Das Dritte ist: Es wird jedes Gesuch geprüft. Es handelt sich nur um eine Ermächtigung bis Fr. 100'000 auszugeben. Wenn nicht genug Gesuche, welche den Kriterien entsprechen vorliegen, dann wird der Betrag auch nicht vollumfänglich ausgeschöpft. Aber es wäre falsch nun den Betrag einfach zu streichen oder zu kürzen, da es sich um einen Posten handelt, mit dem wir etwas im In- und etwas im Ausland spenden können. Es gibt Gemeinden, die in diesem Bereich deutlich mehr machen, was hier auch schon kritisiert wurde. Es gibt aber natürlich auch Gemeinden, die weniger machen. Ich halte unseren Betrag für angemessen und bitte Sie daher am Antrag des Stadtrates festzuhalten."

## Diskussion

Eine Diskussion wird nicht verlangt.

## Abstimmung

### 1. Änderungsantrag der SVP betreffend Beitrag Hilfsaktionen an private Organisationen ohne Erwerbszweck

Der Gemeinderat lehnt den SVP-Antrag zur Streichung der Fr. 50'000 für Beiträge an Hilfsaktionen an private Organisationen ohne Erwerbszweck mit 24 zu 10 Stimmen ab.

### 2. Änderungsantrag der SVP betreffend Beiträge an das Ausland

Der Gemeinderat lehnt den SVP-Antrag zur Streichung der Fr. 50'000 für Beiträge an das Ausland mit 24 zu 10 Stimmen ab.

Es bestehen keine weiteren Änderungsanträge, womit das Kapitel Finanzen als genehmigt gilt.

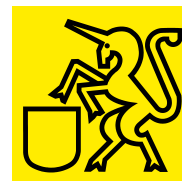
## Kapitel 3 Hochbau

Die GRPK hat in diesem Kapitel einen Änderungsantrag der Kommissionsmehr- und einen der Kommissionsminderheit.

### Antrag der Kommissionsminderheit

#### GRPK-Mitglied Lukas Schanz (SVP) für die Minderheit

"Bei dieser Position geht es um Gelder für die Neuausschreibung der Dienstleistungen Dritter in der Abteilung Hochbau. Eine Minderheit der GRPK ist der Meinung, dass die eingestellten Kosten zu hoch sind. Bereits im Vorjahr haben wir den Betrag von Fr. 85'000 auf Fr. 50'000 reduziert. Der Gemeinderat war damals der Meinung, dass Fr. 50'000 für die Begleitung einer solchen Ausschreibung reichen müssten und die Abteilungsleitung zumindest zu einem Teil die notwendigen Kompetenzen selbst abdecken sollte. Etwas überrascht haben wir zur Kenntnis genommen, dass nun nochmals Fr. 50'000 gebraucht werden sollen. Darum beantragt die Kommissionsminderheit die Reduktion um Fr. 40'000. Damit würden für die Submission Beraterkosten von Fr. 60'000 zur Verfügung stehen, was ausreichend sein sollte."



*Konto 3010.313099 (Bauwesen inkl. Allgemeine Dienstleistungen Stadttingenieur) Dienstleistungen Dritter*

Antrag Stadtrat	Fr.	50'000.00		
Antrag GRPK-Minderheit	Fr.	10'000.00	(Abweichung: - Fr.	40'000.00 S)

#### GRPK-Präsident Paul Steiner (SVP) für die Mehrheit

"Die GRPK-Mehrheit erachtet die vom Stadtrat budgetierten Fr. 50'000 als angemessen."

Der Stadtrat möchte dem nichts hinzufügen.

#### **Diskussion**

Es gibt keine Wortmeldungen

#### **Abstimmung**

Der Gemeinderat lehnt den Änderungsantrag der GRPK-Minderheit zur Reduktion des für die Neuausschreibung der Dienstleistungen Dritter in der Abteilung Hochbau eingestellten Betrages mit 23 zu 11 Stimmen ab.

#### **Änderungsantrag der GRPK**

#### GRPK-Präsident Paul Steiner (SVP)

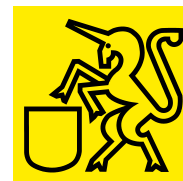
"Die Gebühren für die Kontrollen der Feuerpolizei können den Liegenschaftsbesitzern weiterverrechnet werden. Gemäss Antwort des Stadtrats wird in diesem Bereich ein Ertrag in der Höhe von Fr. 110'000 erwartet. Ersichtlich sind im Budget aber lediglich CHF 15'000. Deshalb beantragt die GRPK-Mehrheit, den Budgetbetrag um CHF 95'000 zu erhöhen..."

*Konto 3020.421000 (Feuerpolizei, Feuerschau) Gebühren für Amtshandlungen*

Antrag Stadtrat	Fr.	15'000.00		
Antrag GRPK	Fr.	110'000.00	(Abweichung: + Fr.	95'000.00 H)

#### Stellungnahme Stadtrat, Finanzvorsteher Martin Bäumle (glp/GEU)

"Der Stadtrat geht davon aus, dass die GRPK seine Antwort hier missinterpretiert hat. Aus unserer Sicht sind nicht auf der Gegenseite einfach die Fr. 110'000 zu budgetieren, sondern dies sind effektiv das, was wir an Einnahmen im nächsten Jahr erwarten. Wenn nun der Gemeinderat das erhöht, so kann er dies zwar. Aber das Geld kommt deswegen nicht automatisch rein, da müsste man die Gebühren um einen ziemlichen Faktor anpassen. In diesem Sinne ist das am Schluss, dem geschuldet, dass man im Hochbau noch nicht ganz zufrieden ist, mit der stadträtlichen Politik. Es ist uns bewusst, dass der Stadtrat bei der Brutto/Nettoverbuchung, die der GRPK-Präsident eingangs erwähnt hat, eventuell einen Schrittwechsel machen sollte. Wir sind noch nicht so transparent, wie wir es werden wollten. Das ist so, da ist ein Auftrag noch nicht erfüllt und die GRPK ist damit nicht zufrieden. Es ist so, wir brauchen da mehr Zeit. Wir hatten da auch einen Leitungswechsel in der Abteilung. Wir arbeiten weiter daran. Aber es wäre jetzt wohl falsch, hier zu versuchen über einzelne Anträge mit der Budgetkosmetik das zu erreichen, was man möchte. Daher bitte ich Sie beim Antrag des Stadtrates zu bleiben. Wenn der Gemeinderat hier den Betrag erhöht, wird das Geld deswegen nicht automatisch erwirtschaftet. Zaubern können auch wir nicht. Aber der Stadtrat ist willens mit der GRPK in der Frage um mehr Transparenz Netto/Bruttoverbuchung zusammenzuarbeiten. Die Kritik, dass sich der Stadtrat nicht gesetzeskonform verhalten würde, ist zurückzuweisen. Diese Abklärungen wurden



gemacht. Dübendorf ist nicht die einzige Gemeinde, die das so verbucht. Das wird uns so bestätigt, dass dies so zulässig ist. Dass es unschön, unbefriedigend und zu wenig transparent ist, haben wir akzeptiert. Daran wird gearbeitet."

## Diskussion

### Theo Johner (die Mitte/EVP)

"Das Gemeindegesetz ist in diesem Bereich klar und verlangt in solchen Fällen brutto verbucht wird. Das kann man nicht so machen, wie man möchte. Wenn man die Verbuchung aber von Seiten der GRPK ändern möchte, dann vermisse ich das Gegenkonto."

Es gibt keine weiteren Wortmeldungen.

## Abstimmung

Der Gemeinderat nimmt den Änderungsantrag der GRPK-Mehrheit auf Erhöhung um Fr. 95'000 mit 27 zu 3 Stimmen an.

Es wurden keine weiteren Änderungsanträge zum Kapitel 3 Hochbau gestellt, damit ist auch dieses Kapitel genehmigt.

## Kapitel 4 Tiefbau

### Änderungsantrag der GRPK

#### GRPK-Präsident Paul Steiner (SVP)

"Da geht es um einen Staatsbeitrag aus dem Strassenfond. Darüber hat der Kanton Zürich 2020 abgestimmt. Die Anpassung des Strassengesetzes ist 2022 erfolgt und ab 2023 leistet der Kanton jährliche Unterhaltsbeiträge für die Gemeindestrassen von rund CHF 72 Mio. Zum Zeitpunkt der Budgetierung konnte noch nicht abgeschätzt werden, in welchem Umfang hier mit einer Zahlung gerechnet werden kann. Nun geht der Stadtrat von einem Betrag von plus/minus CHF 1 Mio. aus. Die GRPK beantragt einstimmig, diesen Betrag ins Budget aufzunehmen. Wenn ich es richtig verstanden habe, ist der Stadtrat mit dieser Budgeterhöhung einverstanden."

*Konto 4600.463100 (Unterhaltungsdienste) Beiträge von Kantonen und Konkordaten*

Antrag Stadtrat	Fr.	0.00		
Antrag GRPK	Fr.	1'000'000.00	(Abweichung: + Fr. 1'000'000.00	H)

Der Stadtrat verzichtet auf eine Wortmeldung.

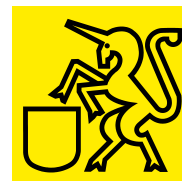
## Diskussion

Die Diskussion wird von niemandem verlangt.

## Abstimmung

Der Gemeinderat nimmt den Änderungsantrag der GRPK auf Erhöhung um Fr. 1 Mio. mit 34 zu 0 Stimmen an.

Es wurden keine weiteren Änderungsanträge zum Kapitel 4 Tiefbau gestellt, damit ist dieses Kapitel ebenfalls genehmigt.



## Kapitel 5 Sicherheit

### Änderungsantrag der GRPK

#### GRPK-Präsident Paul Steiner (SVP)

"Da geht es um den jährlichen Beitrag von Dübendorf an den Zürcher Verkehrsverbund ZVV. Inzwischen liegt die Rechnung des ZVV für das Jahr 2023 vor und somit ist auch der genaue Betrag bekannt, was bei Budgeterstellung noch nicht der Fall war. Dieser liegt CHF 301'105 tiefer als budgetiert. Die GRPK beantragt deshalb einstimmig, das Budget um diesen Betrag anzupassen. Auch mit dieser Änderung ist der Stadtrat einverstanden."

#### *Konto 5030.363400 (Regionalverkehr) Beiträge an öffentliche Unternehmungen*

Antrag Stadtrat	Fr.	3'654'000.00		
Antrag GRPK	Fr.	3'352'895.00	(Abweichung: - Fr.	301'105.00 S)

Der Stadtrat verzichtet auf ein Votum.

### Diskussion

Es gibt keine Wortmeldungen

### Abstimmung

Der Gemeinderat stimmt dem Änderungsantrag der GRPK auf Reduktion um Fr. 301'105 mit 34 zu 0 Stimmen zu.

### Änderungsantrag der SVP

#### Lukas Schanz (SVP)

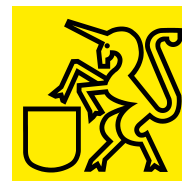
"Der Stadtrat hat auf dem Konto 5200.316100 einen Betrag von Fr. 45'000 für das Leasing oder den Kauf zweier Polizeifahrzeuge budgetiert. Dazu hatte der Stadtrat 2022 Fr. 20'000 für ein Projekt mit der EMPA zur Verfügung. Darüber wurde letztes Jahr debattiert. Gerne zitiere ich an dieser Stelle den Finanzvorstand Martin Bäumle: "...Für die definitive Beschaffung würde so oder so das Parlament involviert...", d.h. dass eine Beschaffung über das Parlament laufen sollte. Bis jetzt ist nicht klar, ob man diese Fahrzeuge leasen, kaufen oder sonst irgendwie beschaffen möchte. Der Stadtrat soll zunächst einmal darüber Gedanken machen. Sonst weiss man ja auch nicht, ob der Betrag nicht allenfalls in der Investitionsrechnung eingestellt werden sollte. Und danach soll er, wie versprochen, einen Antrag in den Gemeinderat bringen. Bis wir nicht Klarheit über grundlegende Fragen haben, sollte kein Geld budgetiert werden. Darum beantragen wir die Streichung der Fr. 45'000."

#### *Konto 5200.316100 (Stadtpolizei) Mieten Benützungskosten Mobilien*

Antrag Stadtrat	Fr.	57'000.00		
Antrag SVP	Fr.	12'000.00	(Abweichung: - Fr.	45'000.00 S)

#### Stellungnahme Stadtrat, Finanzvorsteher Martin Bäumle (glp/GEU)

"Es war tatsächlich bereits letztes Jahr ein Thema. Der Stadtrat fällt hier keinen leichtfertigen Entscheid. Er ist nach wie vor in der Abklärung. Er ist aber Stand heute der Meinung, dass ein Leasing eventuell die bessere Lösung ist als ein Kauf der Fahrzeuge. Ob die Kompetenz beim Gemeinde- oder beim Stadtrat liegen wird, können wir heute noch nicht abschliessend beantworten, das hängt auch von der Betragsgrösse ab. Wenn wir unter den jährlich wiederkehrenden Fr. 30'000 bleiben,



wäre dies für alle eine sehr günstige Variante. Bitte streichen Sie nun aber nicht diesen Posten, wie von der Minderheit beantragt, sondern lassen Sie uns an diesem Geschäft weiterarbeiten. Wir machen nun zuerst die Grundsatzabklärung, wie man auch der Verpflichtung nachkommen will, dass bis 2030 netto null bei den Fahrzeugen erreicht ist. Das bedeutet eine gewisse Herausforderung und braucht etwas Zeit. Die Abteilung arbeitet daran und wird die Grundlagen dem Stadtrat demnächst vorlegen. Welches Modell wie umgesetzt wird, darüber wird der Gemeinderat sicher informiert und wenn ein Beschluss in die Kompetenz des Gemeinderates fällt, wird dieser dem Rat selbstverständlich auch vorgelegt. Ich gehe davon aus, dass ich im Vorjahr genau dasselbe gesagt habe."

## Diskussion

Die Diskussion wird nicht verlangt.

## Abstimmung

Der Gemeinderat hat den Änderungsantrag der SVP betreffend Reduktion um Fr. 45'000 mit 24 zu 10 Stimmen abgelehnt.

Da zum Kapitel Sicherheit keine weiteren Änderungsanträge gestellt werden, gilt dieses als genehmigt.

## Kapitel 6 Soziales

Zum Kapitel 6 liegen keine Änderungsanträge der GRPK vor. Da nun auch keine gestellt werden, ist auch dieses Kapitel genehmigt.

## Kapitel 7 Bildung

Die GRPK stellt zwei Änderungsanträge zum Kapitel Bildung.

### 1. Änderungsantrag der GRPK

#### GRPK-Präsident Paul Steiner (SVP)

"Auf diesem Konto wurden CHF 25'000 für ein Projekt für den Einsatz von Zivildienstleistenden budgetiert. Die Primarschulpflege hat nachträglich beschlossen, das Projekt nicht zu starten. Die Mehrheit der GRPK beantragt deshalb, das Budget um CHF 25'000 zu reduzieren. Der Stadtrat ist hiermit einverstanden."

#### *Konto 7200.302000 (Schulbetrieb) Löhne der Lehrpersonen*

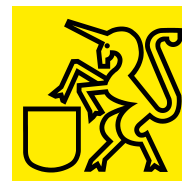
Antrag Stadtrat	Fr.	510'100.00		
Antrag GRPK	Fr.	485'100.00	(Abweichung:	- Fr. 25'000.00 S)

## Diskussion

Es gibt keine Wortmeldungen.

## Abstimmung

Der Gemeinderat stimmt dem GRPK-Änderungsantrag der Reduktion um Fr. 25'000 mit 34 zu 0 Stimmen zu.



## 2. Änderungsantrag der GRPK

### GRPK-Präsident Paul Steiner (SVP)

"Bei dieser Position geht es um eine budgetierte Lohnerhöhung der Musikschullehrer. Gemäss Antwort des Stadtrats ist für die Erhöhung der Lohnkosten der Musikschule ein Gemeinderatsbeschluss notwendig. Praxis ist, dass noch nicht durch den Gemeinderat bewilligte Kosten nicht budgetiert werden. Deshalb beantragt die GRPK-Mehrheit das Budget um den Betrag der Lohnerhöhung, nämlich CHF 94'054, zu kürzen. Das Geschäft soll vorderhand dem Gemeinderat zur Behandlung überwiesen werden."

#### *Konto 7400.302000 (Musikschule) Löhne der Lehrpersonen*

Antrag Stadtrat	Fr.	3'261'800.00			
Antrag GRPK	Fr.	3'167'746.00	(Abweichung	- Fr.	94'054.00 S)

Der Stadtrat erklärt sich mit diesem Antrag als einverstanden.

### **Diskussion**

Die Diskussion wird nicht verlangt.

### **Abstimmung**

Der Gemeinderat stimmt der Reduktion um Fr. 94'054 mit 24 zu 8 Stimmen zu.

Da keine weiteren Anträge zum Kapitel Bildung gestellt werden, gilt auch dieses Kapitel als genehmigt.

### **Erfolgsrechnung als Ganzes**

Nachdem sämtliche Kapitel genehmigt sind, kommt es nun zur Abstimmung über die Erfolgsrechnung in der bereinigten Fassung.

### **Abstimmung**

Der Gemeinderat genehmigt die Erfolgsrechnung mit den zuvor beschlossenen Änderungen mit 34 zu 0 Stimmen.

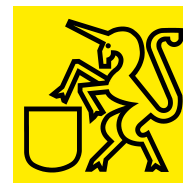
### **Detailberatung Investitionsrechnung**

#### **Kapitel 1 Präsidium**

#### **Antrag der Kommissionsminderheit**

### GRPK-Mitglied Lukas Schanz (SVP)

"Wir hatten bereits in der Erfolgsrechnung einen Betrag von Fr. 30'000 für laufenden Arbeiten in Zusammenhang mit dem Flugplatz. Nun sind in der Investitionsrechnung nochmals Fr. 150'000 eingestellt. Für die GRPK-Minderheit ist das zu viel Geld. Wir verlangen daher eine Reduktion um Fr. 100'000. Für einen Teil der GRPK ist es nicht transparent, was mit dem Geld geschehen soll und wohin es fliesst. Ausserdem gibt es immer noch den Werkflugplatz Dübendorf, der mit den eingebrachten Darlehen und dem Gründungskapital über flüssige Mittel verfügen sollte. Die Stadt konnte die Frage, wofür das Geld benötigt werde, nicht beantworten. Es ist also wohl eine Budgetierung auf



Vorrat. Durch die Streichung dieser Gelder soll verhindert werden, dass Staatsgelder an die WFD fließen, wo private Aktionäre beteiligt sind, die sich so bereichern könnten."

*Konto 1710.52900.IR00242 (Übrige immaterielle Anlagen) Historischer Flugplatz mit Werkflügen*

Antrag Stadtrat	Fr.	150'000.00		
Antrag GRPK-Minderheit	Fr.	50'000.00	(Abweichung: - Fr.	100'000.00 S)

### GRPK-Präsident Paul Steiner (SVP)

"Hier kann ich mich kurzfassen: Die GRPK-Mehrheit erachtet die budgetierten Fr. 150'000 als angemessen."

### Stellungnahme Stadtrat, Finanzvorsteher Martin Bäumle (glp/GEU)

"Das war nun sehr kurz vom Präsidenten der GRPK. Darum erlaube ich mir hierzu noch ein paar Worte zu verlieren."

Die Gemeinde Dübendorf hat darüber abgestimmt und beschlossen, dass Konzept des Werkflugplatzes Dübendorf umsetzen zu wollen. Der Stadtrat ist diesem Auftrag gemäss dabei, dieses Ziel zu erreichen. Dazu gehört es unter anderem auch in nächsten Jahr oder in den nächsten Jahren eine Übergangslösung zu etablieren. Was heisst, dass auf der einen Seite die Stadt selbst gewisse Kosten der Planung wird tragen müssen, und auf der anderen Seite natürlich auch die WFD. Es ist nicht so, dass die privaten Aktionäre sich nicht auch beteiligen werden. Es ist ganz klar – wir haben das an der letzten Verwaltungsratssitzung so beschlossen, dass jegliche Investitionen oder Ausgaben paritätisch von allen Aktionären getragen werden sollen, auch wenn dies im ABV etwas anders gestaltet worden war und wenn die Stadt eigentlich ein Recht hätte, mehr Geld auszugeben. Wir geben hier nicht unnötig Geld aus. Das Ziel ist es, den Volkswillen umzusetzen. Die WFD arbeitet mit sehr wenig Geld und sehr effizient in eine Richtung, die dem Resultat der Volksabstimmung entspricht. Wir bitten Sie daher dem Antrag von GRPK-Mehrheit und Stadtrat zu folgen."

### **Diskussion**

Es wird keine Diskussion verlangt.

### **Abstimmung**

Der Gemeinderat lehnt den Antrag der GRPK-Minderheit der Reduktion um 100'000 mit 14 zu 16 Stimmen ab.

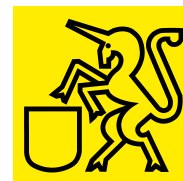
Zum Kapitel Präsidium bestehen keine weiteren Änderungsanträge, das Kapitel ist somit genehmigt.

### **Kapitel 2 Finanzen und Kapitel 3 Hochbau**

Zu beiden Kapiteln werden keine Änderungsanträge gestellt, sie sind daher genehmigt.

### **Kapitel 4 Tiefbau**

Die GRPK stellt auch hier keine Änderungsanträge.



## Antrag der SVP

### Sarah Steiner (SVP)

"Die SVP beantragt die Streichung der Fr. 95'000 für einen neuen Traktor. Schon letztes Jahr wollte der Stadtrat den funktionsfähigen Traktor ersetzen. Dieser wurde zwar bereits 2006 in Verkehr gesetzt, hatte aber seither nur 4020 Einsatzstunden. Das ergibt in etwa 250 Stunden pro Jahr, was für ein landwirtschaftliches Fahrzeug keine wahnsinnige Leistung ist. Dies natürlich mit dem Hintergrund, dass das Fahrzeug gut gewartet wird. Wovon ich bei der Stadt Dübendorf hoffentlich ausgehen kann. Der Stadtrat argumentiert neben dem Alter des Fahrzeugs auch damit, dass sich die Reparaturen nicht mehr lohnen würden. Diese werden sich laut Schätzung des Stadtrates auf ca. Fr. 3'000-5'000 belaufen. Auch wenn es sich dabei um einen Richtwert handelt, steht dies für die SVP-Fraktion in keinem Verhältnis zu den Neuanschaffungskosten von Fr. 95'000. Als Letztes möchte ich noch zu bedenken geben, dass wir heute Abend oder in nächster Zeit auch über eine nachhaltige Kreislaufwirtschaft reden werden. Ein funktionierendes Gerät, das vorhanden ist, auf Vorrat zu ersetzen, erscheint mir in diesem Kontext fehl am Platz."

*Konto 4600.506000.IR00366 (Mobilien) Fahrzeuge/Geräte Gärtnerei, Ersatz (Sammelkonto) 2023*

Antrag Stadtrat	Fr.	95'000.00		
Antrag SVP	Fr.	0.00	(Abweichung: - Fr.	95'000.00 S)

### Stellungnahme Stadtrat, Finanzvorsteher Martin Bäumle (glp/GEU)

"Der Stadtrat lernt heute Abend, wie Kreislaufwirtschaft light funktioniert: Geht es um Stühle oder Traktoren ist die Nachhaltigkeit im Gemeinderat plötzlich ein zentrales Thema. Ich habe nun aber auch festgestellt, dass der Stuhlsatz in Dübendorf im nächsten Jahr zurückgehen wird, was unsere Möbelhäuser nicht freuen wird. Spass beiseite: Diese Fahrzeuge werden jedes Jahr zum Thema. Es ist nun einmal so, die Fahrzeuge haben irgendwann ein Alter, in dem die Stadt sagt, dass das Risiko eines Ausfalls nicht mehr in Kauf genommen werden möchte, auch wenn Reparaturen noch gemacht werden könnten. Die Fahrzeuge werden gemäss eines Zykluses ersetzt. Und nachdem nun zwei Jahre über diesen Traktor diskutiert und der Ersatz zurückgestellt wurde, stellen wir nun erneut den Antrag. Wir bitten Sie daher dem Änderungsantrag nicht zu folgen und den Antrag des Stadtrates gutzuheissen."

## Diskussion

Es gibt keine Wortmeldungen.

## Abstimmung

Der Gemeinderat lehnt den SVP-Antrag auf Streichung von Fr. 95'000 mit 21 zu 13 Stimmen ab.

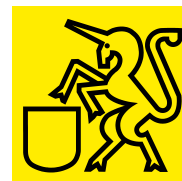
Zum Kapitel Tiefbau gibt es keine weiteren Änderungsanträge. Das Kapitel ist somit genehmigt.

## Kapitel 5 Sicherheit

Zum Kapitel 5 Sicherheit stellt die GRPK drei Änderungsanträge.

### 1. Änderungsantrag der GRPK

GRPK-Präsident Paul Steiner (SVP)



"Auf diesem Konto sind CHF 300'000 für die Anschaffung eines Tanklöschfahrzeugs budgetiert. Aktuelle Verhandlungen haben nun ergeben, dass Dübendorf das zurzeit von der GVZ ausgeliehene Tanklöschfahrzeug für CHF 110'000 übernehmen kann. Es darf mit einer «Restlebensdauer» von 10 Jahren gerechnet werden. Somit kann man von tieferen Kosten ausgehen und die GRPK-Mehrheit beantragt, den Budgetbetrag um CHF 190'000 zu kürzen."

*Konto 5100.506000.IR00035 (Mobilien) Feuerwehr, Ersatzbeschaffung Fahrzeuge*

Antrag Stadtrat	Fr.	300'000.00		
Antrag GRPK	Fr.	110'000.00	(Abweichung: - Fr.	190'000.00 S)

Stellungnahme Stadtrat, Finanzvorsteher Martin Bäumle (glp/GEU)

"Hier kann nun der Gemeinderat etwas für die Kreislaufwirtschaft und fürs Budget tun. Dem schliesst sich der Stadtrat an."

## Diskussion

Es gibt keine Wortmeldungen

## Abstimmung

Der Gemeinderat beschliesst die Kürzung im Umfang von Fr. 190'000 mit 34 zu 0 Stimmen.

## 2. Änderungsantrag der GRPK

GRPK-Präsident Paul Steiner (SVP)

"Da geht es um die Ersatzanschaffung einer Radaranlage. Die GRPK ist der Ansicht, dass die Stadtpolizei eine semistationäre Messanlage haben soll. Eine Beschaffung «auf Vorrat», allenfalls sogar nur wegen längerer Lieferfristen, unterstützt die GRPK jedoch nicht. Gemäss Stadtrat konnte die bestehende Anlage 2022 bedarfsgerecht eingesetzt werden und die Polizei verfügt zudem über zwei weitere Geräte, Geschwindigkeitskontrollen vorzunehmen. Die GRPK-Mehrheit beantragt die Streichung dieser Budgetposition von CHF 185'000."

*Konto 5200.506000.IR01217 (Mobilien) Stadtpolizei Ersatzanschaffung semistationäre Messanlage*

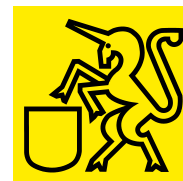
Antrag Stadtrat	Fr.	185'000.00		
Antrag GRPK	Fr.	0.00	(Abweichung: - Fr.	185'000.00 S)

Stellungnahme Stadtrat, Finanzvorsteher Martin Bäumle (glp/GEU)

"Der Stadtrat bittet Sie, an den Fr. 185'000 für den Ersatz der Messanlage festzuhalten. Das Gerät, bei dem man von einem Ausfall ausgehen kann, hat tatsächlich längere Lieferfristen. Wenn es ausfällt und nichts budgetiert ist, könnte man es erst im Folgejahr beschaffen. Das kann eine Lücke geben oder der Stadtrat nimmt es auf seine Kompetenz. Er wird aber nicht einfach eine Bestellung auslösen können, wenn das Budget nicht gegeben ist und es der Gemeinderat ausdrücklich nicht wünscht. In diesem Sinne bitte ich Sie klar, diese Posten so zu belassen. Wir werden die Bestellung nicht einfach unnötig auslösen, aber wenn der Ersatz notwendig wird, werden wir rechtzeitig bestellen können. Es ist ja nicht das Einzige, was weltweit heute längere Lieferfristen hat."

## Diskussion

Es wird keine Diskussion verlangt.



## Abstimmung

Der Gemeinderat stimmt dem Änderungsantrag der GRPK auf Streichung von Fr. 185'000 mit 21 zu 11 Stimmen zu.

## 3. Änderungsantrag der GRPK

### GRPK-Präsident Paul Steiner (SVP)

"Auf diesem Konto sind CHF 50'000 für die Anschaffung von Parkuhren budgetiert. Gemäss Antwort des Stadtrats, ist sich dieser noch nicht klar, was für eine Lösung angestrebt werden soll. Folglich ist auch unklar, was dann wirklich beschafft werden soll. Die GRPK-Mehrheit ist der Meinung, der Stadtrat soll sich zuerst Klarheit verschaffen und dann budgetieren. Sie beantragt deshalb, den Budgetbetrag von CHF 50'000 zu streichen."

### *Konto 5200.506000.IR01218 (Mobilien) Parkuhren Ersatz*

Antrag Stadtrat	Fr.	50'000.00		
Antrag GRPK	Fr.	0.00	(Abweichung: - Fr.	50'000.00 S)

### Stellungnahme Stadtrat, Finanzvorsteher Martin Bäumle (glp/GEU)

"De Facto ist es nicht so, dass der Stadtrat nicht weiss, was er möchte. Der Stadtrat überprüft die Parkraumbewirtschaftung regelmässig. Heute ist es immer noch so, dass wir nicht davon ausgehen, dass sämtliche Leute digital funktionieren und Münzeinsatz immer noch erwünscht ist. Es ist bereits so, dass eine Parkuhr hier in der Umgebung ausgefallen ist und ersetzt werden muss. In diesem Sinne geht es eben auch um Ersatz des ausgefallenen. Die Fr. 50'000 sind nicht sehr viel. Wenn der Gemeinderat das herausstreicht, bedeutet das nicht, dass der Stadtrat nicht dort, wo Parkuhren ausfallen, entsprechenden Ersatz beschafft. Im Übrigen wird er sich bemühen, das Budget natürlich möglichst klein zu halten. In diesem Sinne bitte ich Sie um Festhalten am Antrag des Stadtrates."

## Diskussion

Es gibt keine Wortmeldungen.

## Abstimmung

Der Gemeinderat stimmt dem Antrag der GRPK auf Streichung von 50'000 mit 23 zu 10 Stimmen zu.

Da es zum Kapitel Sicherheit keine weiteren Änderungsanträge gibt, ist dieses Kapitel genehmigt.

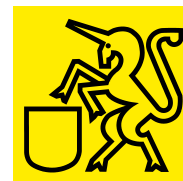
## Kapitel 6 Soziales

Zum Kapitel Soziales gibt es keine Änderungsanträge, dieses Kapitel ist somit genehmigt.

## Kapitel 7 Bildung

Zu diesem Kapitel stellt die GRPK zwei Änderungsanträge.

## 1. Änderungsantrag der GRPK



## GRPK-Präsident Paul Steiner (SVP)

"Da geht es um die Parkplatzbewirtschaftung der Primarschule. Diese ist auch aus Sicht der GRPK angebracht. Sie findet jedoch den dafür budgetierten Betrag von CHF 100'000 als sehr hoch. Die Parkplatzbewirtschaftung ist schon länger ein Thema und von der GRPK wurde eine einfache, pragmatische Lösung gefordert. Man könnte sich z.B. an existierenden, funktionierenden, kostengünstigen Lösungen anderer Gemeinden orientieren. Zudem erwartet die GRPK diesbezüglich eine Zusammenarbeit mit der Stadtverwaltung, da auch dort, wie gerade vorher ausgeführt, eine neue Lösung gesucht wird. Die GRPK beantragt einstimmig eine Reduktion der Budgetposition um CHF 50'000."

*Konto 7100.506000.IR01227 (Mobilien) Parkplatzbewirtschaftung Primarschule Dübendorf*

Antrag Stadtrat	Fr.	100'000.00		
Antrag GRPK	Fr.	50'000.00	(Abweichung: - Fr.	50'000.00 S)

## Stellungnahme Stadtrat, Finanzvorsteher Martin Bäumle (glp/GEU)

"In diesem Thema ist die Zusammenarbeit zwischen Stadtrat und Primarschulpflege sehr gut. So zeigt die Lösung bei den Sportanlagen hier eine gangbare Lösung auf. Eine Barriere ist hier, entgegen den Aussagen in den Antworten zum Fragekatalog, kein Thema. Der Grund für die Höhe des Betrages: Man geht aktuell davon aus, dass die Umsetzung des Parkraumkonzepts etwa den eingestellten Betrag kosten wird. Genaue Zahlen haben wir heute nicht, wir gehen aber davon aus, dass Fr. 100'000 eher der Realität entsprechen als Fr. 50'000. Wenn der Gemeinderat den Betrag kürzt, werden wir den Auftrag des Gemeinderates trotzdem umsetzen und versuchen, eine kostengünstige Lösung zu finden. Wenn es dann etwas mehr als diese Fr. 50'000 kostet, wird der Gemeinderat dies in der Rechnung entsprechend sehen. Aber der Auftrag ist klar: Eine kostengünstige, mit der Stadtverwaltung abgesprochene Lösung."

## **Diskussion**

Es gibt keine Wortmeldungen.

## **Abstimmung**

Der Gemeinderat stimmt dem Antrag der GRP auf Kürzung um Fr. 50'000 mit 34 zu 0 Stimmen zu.

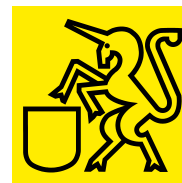
## **2. Änderungsantrag der GRPK**

### GRPK-Präsident Paul Steiner (SVP)

"Auf diesem Konto sind für die Anpassung eines Schulleiterbüros im Schulhaus Stägenbuck CHF 120'000 budgetiert. Auf einer Beilage zur Budgetposition sind lediglich Kosten von CHF 87'000 aufgelistet, aus Sicht der GRPK noch immer ein hoher Betrag. Die GRPK-Mehrheit ist der Meinung, dass eine gute Umsetzung des Vorhabens auch mit CHF 70'000 machbar sein sollte. Sie beantragt deshalb eine Budgetkürzung von CHF 50'000."

*Konto 7109.504000.IR01225 (Hochbauten) Schulhaus Stägenbuck, Primarschule, Schulleiterbüro*

Antrag Stadtrat	Fr.	120'000.00		
Antrag GRPK	Fr.	70'000.00	(Abweichung: - Fr.	50'000.00 S)



## Stellungnahme Stadtrat, Finanzvorsteher Martin Bäumle (glp/GEU)

"Zum Zeitpunkt der Budgetierung lag noch keine Offerte vor. Darum wurde der Posten so eingestellt. Wir haben dann der GRPK transparent den aktuellen Stand mitgeteilt. Aufgrund einer vorliegenden Offerte wäre der Stadtrat mit einer Kürzung auf Fr. 90'000 einverstanden, weil dies der Offerte entspricht. Eine Kürzung auf Fr. 70'000 ist etwas willkürlich. Natürlich kann man glauben, es ginge günstiger. Aber bisher liegt eine Offerte über Fr. 87'000 vor. Der Stadtrat beantragt daher neu eine Reduktion auf Fr. 90'000. Über den alten Antrag von Fr. 120'000 muss nicht mehr abgestimmt werden, sofern niemand aus dem Rat den ursprünglichen Antrag des Stadtrates aufgreifen möchte."

*Konto 7109.504000.IR01225 (Hochbauten) Schulhaus Stägenbuck, Primarschule, Schulleiterbüro*

Antrag Stadtrat	Fr.	120'000.00		
ursprünglich				
<b>Antrag Stadtrat an</b>	Fr.	90'000.00	(Abweichung: - Fr.	30'000.00 S)
<b>GR-Sitzung</b>				

## **Diskussion**

Auf eine Diskussion wird verzichtet.

## **Abstimmung**

Der Gemeinderat unterstützt bei der Gegenüberstellung des GRPK-Änderungsantrages und des an der Sitzung vom Stadtrat vorgebrachten Antrages mit 19 zu 14 Stimmen, den neuen Antrag des Stadtrates. Auf eine Gegenüberstellung mit dem ursprünglichen Antrag des Stadtrates, Fr. 120'000, wird verzichtet, da der Stadtrat diesen zurückgezogen hat und auf Rückfrage der Gemeinderatspräsidentin niemand aus dem Rat diesen Antrag aufgreift.

Da es keine weiteren Anträge zum Kapitel 7 Bildung gibt, ist das Kapitel genehmigt.

## **Investitionsrechnung als Ganzes**

Sämtliche Kapitel der Investitionsrechnung sind genehmigt. Somit kann über die bereinigte Fassung der Investitionsrechnung abgestimmt werden.

## **Abstimmung**

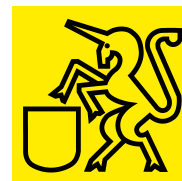
Der Gemeinderat genehmigt die Investitionsrechnung mit den sieben beschlossenen Änderungen mit 34 zu 0 Stimmen.

## **Steuerfuss**

### GRPK-Präsident Paul Steiner (SVP)

"Der Stadtrat beantragt dem Gemeinderat, eine Steuerfussenkung um 3 Prozent vorzunehmen, von aktuell 81 auf neu 78 Prozent.

Als Begründung führt der Stadtrat u.a. aus, dass sich die Stadt Dübendorf, aufgrund der vorausschauenden und nachhaltigen Finanzpolitik der letzten Jahre, in einer guten finanziellen Situation mit



einer starken Bilanz und der nötigen Liquidität befindet. Die Festlegung des Steuerfusses wurde innerhalb der GRPK kontrovers diskutiert.

Es gab Stimmen, die den Steuerfuss um weitere 2 Prozent, auf neu 76 Prozent senken möchten. Sie begründen ihre Forderung nach insgesamt 5 Prozent Reduktion mit den positiven Abschlüssen der letzten Jahre und langfristigen Mehrerträgen, die bei der Budgeterstellung noch nicht berücksichtigt waren.

Andere votierten für eine Beibehaltung des aktuellen Steuerfusses von 81 Prozent, mit dem Hinweis auf den im Budget vorgesehenen Finanzierungsfehlbetrag sowie damit, dass Steuern grundsätzlich nicht gesenkt werden sollten und es besser sei, Reserven zu bilden.

Der Mehrheit der GRPK ist es wichtig, dass der Steuerfuss längerfristig stabil gehalten werden kann. Aufgrund der aktuell guten Finanzlage, aber auch unter Berücksichtigung der Investitionsvorhaben der nächsten Jahre, setzte sich die Meinung durch, dass eine moderate Senkung des Steuerfusses verantwortbar ist, ohne einen «Jojo-Effekt» zu riskieren.

Die Mehrheit der GRPK erachtet den Vorschlag des Stadtrats als gut begründet und spricht sich für eine Senkung des Steuerfusses von 3 Prozent, auf neu 78 Prozent aus."

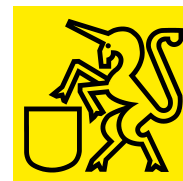
#### Stellungnahme Stadtrat, Finanzvorsteher Martin Bäumle (glp/GEU)

"Ich habe bereits im Einführungsvotum die Ansicht des Stadtrates klar erläutert, warum eine Senkung um 3 % gerechtfertigt ist. Der GRPK-Präsident hat alles erwähnt. Im Moment möchte ich dem nichts hinzufügen. Ich behalte mir aber vor, wenn Einzel- oder Minderheitsanträge erfolgen, mich nochmals im Namen des Stadtrates zu äussern. Im Moment bitte ich Sie schlicht, dem Antrag von GRPK-Mehrheit und Stadtrat zu folgen."

#### Lukas Schanz (SVP)

"Es geht hier wieder um den Steuerfuss und da bin ich wieder. Seit der Forderung der SVP nach einer Senkung des Steuerfusses um 10 % 2016 sind 6 Jahre vergangen. Oder, wenn man es in Mio. an Ertragsüberschüssen ausdrücken möchte, sind es doch Fr. 40.6 Mio., sofern man die Hochrechnung 2022 mitberücksichtigt. Der Stadtrat lag in dieser Zeit um Fr. 51.6 Mio. daneben mit seiner Budgetierung. Wäre der Gemeinderat dem Antrag der SVP damals gefolgt, hätten wir trotzdem Ertragsüberschüsse erwirtschaftet, aber nicht in dieser exorbitanten Höhe. Immerhin hat es schon fast Tradition, dass der Stadtrat jeweils ein Jahr nach der Forderung der SVP nach einer Reduktion selbst mit einem entsprechenden Antrag kommt. Sollte es heute Abend also wieder nicht reichen für unseren Antrag, für den Antrag der SVP, bleibt die Hoffnung, dass der Stadtrat doch merkt, dass die SVP recht hat und nächstes Jahr mit einem weiteren Antrag kommen wird.

Der Finanzvorstand hat letztes Jahr gesagt, dass wir eine Berechnung basierend auf relativ simplifizierten Zahlen machen und wir mit dieser Forderung Wahlkampf betreiben. Wir haben jetzt gesehen, dass die simplifizierte Berechnung doch nicht so schlecht war und wir doch ab und zu Recht hatten. Letztes Jahr meinte der Finanzvorstand, wir könnten den tiefen Steuerfuss 3-4 Jahre halten. Danach müssten die Steuern hochgesetzt werden, ausser es gäbe einen grossen Leistungsverzicht. Ausserdem wies er unseren Vorwurf der Schwarzmalerei und Angstmacherei zurück, was ich nicht verstehen kann. Er hatte ja im gleichen Referat gesagt, was für negative Folgen eine Reduktion im gewünschten Ausmass haben würde. Aber lest doch einmal im Protokoll selbst nach und bildet euch eine Meinung. Würde es jedes Mal einen Punkt geben, wenn wir recht haben, dann würde das Resultat wohl ähnlich aussehen wie im Match Schweiz gegen Portugal. Glücklicherweise hat die GRPK noch eine Million gefunden, die der Stadtrat vergessen hat zu budgetieren. Das ist nicht ein einmaliger Ertrag, wir werden das in Zukunft jährlich erhalten. Der Finanzvorstand wird uns darauf sicher wieder sagen, dass das viel zu einfach gesagt ist und dies auch zu Mehrausgaben führen wird. Nach



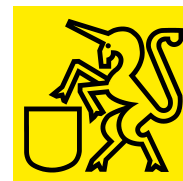
den Anträgen der GRPK haben wir ein um Fr. 1.8 Mio besseres Budget. Das lässt eine zusätzliche Reduktion um 2 % zu. Ich bin mir bewusst, dass grosse Investitionen auf uns zukommen, das sind wir ja auch bereits am Bilden von Vorfinanzierungen. Ich bin mir aber auch sicher, dass die Dübendorfer Bevölkerung vernünftig sein und z.B. dem überdimensionierten Hallenbadprojekt, bei dem man einen Energiefresser bauen und viel Luft verbauen möchte, eine Abfuhr erteilen wird und man ein günstigeres Projekt umsetzen können. Wir schulden den Dübendorfer Steuerzahlern die Reduktion. Wir haben Ihnen in den vergangenen Jahren massiv zu viel Geld weggenommen, ich wiederhole nochmals das waren in den letzten sechs Jahren über Fr. 40 Mio. Und das Geld sofort Begehrlichkeiten weckt, sieht man Jahr für Jahr. Ich bin gespannt auf das Referat des Finanzvorstandes, der doch langsam erkennen müsste, dass wir mit unseren simplifizierten Berechnungen doch nicht so schlecht liegen und dass halt auch ein ausführliches Excel am Ende auf Annahmen beruht und offenbar nicht besser sein muss, wie sich die letzten Jahre gezeigt hat. In diesem Sinne danke ich dem Gemeinderat, dass er sich Gedanken dazu macht, dass nicht alles, was von der SVP kommt falsch und was von Stadtrat kommt richtig ist, und in unserem Sinne für eine Senkung von total 5 % stimmt. Wir beantragen daher eine Senkung des Steuerfusses um 5 %. Sollte dieser Antrag keinen Erfolg haben, werden wir den Antrag von GRPK und Stadtrat für eine Reduktion um 3 % unterstützen."

#### André Csillaghy (SP)

"Ich habe in der Eintretensdebatte bereits einiges erzählt und möchte mich daher jetzt kürzer fassen. Aber: Wir sollten nicht auf morgen verschieben, was wir heute erledigen können. Wir könnten über viele Themen reden, die noch nicht erwähnt worden sind. Viele Herausforderungen werden auf uns zukommen. Wir haben nicht von der Förderung von bezahlbarem Wohnraum, einem ausreichenden Angebot an bezahlbaren Krippen und Hortplätzen, den Klimawandel – obwohl das eines der wichtigsten Themen sein dürfte, die es in den nächsten Jahren geben wird und man dort einiges unternehmen sollte –, den Leistungen der Stadt z.B. in Sachen Sonnenkollektoren auf den Dächern gesprochen. Es gibt noch so viele Sachen, die man hier noch erwähnen könnte. Ich habe vieles gesehen und war ein bisschen erschrocken von den vielen gelb, orangen und roten Sachen, die wir gesehen haben. So z.B. auch dieses Hallenbad, das auch ein extrem wichtiges Projekt für Dübendorf ist. Wir sehen also, dass viele Sachen nicht finanziert sein werden. Wir haben auch über die Diskrepanz zwischen Lohnerhöhung und Teuerungsausgleich gesprochen, was auch eine Rolle für den Erhalt des Steuerfusses spielt. Wir sprechen von Dividenden, aber bei Steuern geht es nicht um Dividenden ans Volk. Das ist ein falscher Weg, der die Stagnation der Stadt fördern wird. Wenn wir den Steuerfuss auf dem aktuellen Niveau belassen, setzen wir vor allem einen Anreiz, die Projekte nun anzugehen, die man nun umsetzen sollte. Wenn Sie sich für die Zukunft der Stadt, für die Stabilität, für das Wohlergehen der Gesellschaft dann stimmen Sie bitte für die Beibehaltung des Steuerfusses auf 81 %."

#### Thomas Maier (glp/GEU)

"Wir haben in den letzten Jahrzehnten immer klar kommuniziert, dass wir keine Achterbahnfahrten oder Jo-Jo-Effekte beim Steuerfuss wollen. Wir wollen einen langfristig stabilen und attraktiven Steuerfuss in unserer Stadt. Fakt ist: Wir stehen in unserer Stadt vor enormen Investitionen, die dringend anstehen. Eine unvollständige Auflistung lautet: div. Schulhausbauten (auch sehr teure wie Stägenbuck), Hallenbad, Strassensanierungen, Busbahnhof usw. Leider kommen wir, aus den unterschiedlichsten Gründen, auch aufgrund diverser gesetzlich vorgegeben aufwendiger Verfahren, dabei einfach nicht schnell genug aus den Startlöchern. Fakt ist aber offensichtlich auch, dass in unserer Stadt die Steuereinnahmen robust, hoch und sogar steigend sind. Auch wenn die Grundstücksgewinnsteuer irgendwann wieder zurückgehen wird. Wer den Finanzplan genau angesehen hat, sieht aber ein realistisches Szenario, dass wir auch einen Steuerfuss von 78 % bei höheren Investitionen unter Einhaltung der Schuldenbremse ab nächstem Jahr halten können. Unter diesen Annahmen sind wir von der GEU/glp bereit, die Senkung des Steuerfusses jetzt auf 78% mitzutragen – wenn auch nicht total euphorisch. Gehen diese Annahmen nicht auf und es kommen noch mehr, notwendige, überraschen-



de Investitionen in kürzerer Zeit auf uns zu oder die Wirtschaftslage verschlechtert sich wider Erwarten, dann werden wir diese Kürzung eher früher als später wieder rückgängig machen müssen.

Die Argumentation der SVP, noch weiter zu senken auf 76% mit dem Argument, wir hätten ja jetzt aus dem Strassenfonds noch Fr. 1 Mio an weiteren Einnahmen gefunden, lassen wir nicht gelten. Und da geht es nicht darum, der SVP nicht recht zu geben. Oft ist recht haben auch eine Frage der Interpretation. Es geht einfach darum, wie schätzen wir die Zukunft und ihre Risiken ein. Wir wissen aktuell nicht, wie viel der Kanton auf der Gegenseite bei der Finanzierung der Strassen kürzt. Wir habendurch Martin Bäumle bei anderen Punkten gesehen, wie kreativ der Kanton da beim Generieren von Einnahmen werden kann, wenn auch er Ausgaben hat, die anwachsen. Dies belastet dann auf der anderen Seite die Gemeinden wieder. Zudem würden wir mit 76 % noch viel mehr Richtung aus unserer Sicht unerwünschten Jo-Jo-Effekt gehen. Ausserdem kommt dazu, dass die Stadt Dübendorf – wie vorher im Budget gut sichtbar - nicht einfach nur der Bevölkerung Geld wegnimmt. Dem gegenüber stehen immer auch Leistungen, die die Stadt zum Wohle der Bevölkerung erbringt. Überdiese Leistungen streiten wir immer heftiger, dass sie gut austariert sind und wir eine hohe Lebensqualität in unserer Stadt haben.

Fazit: Wir sind bereit die Senkung um 3 % auf 78 % mitzutragen, aber bei neuen, noch stärkeren Senkungen in Richtung Jo-Jo-Effekt ist uns das Risiko zu gross und wir machen nicht mit."

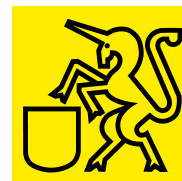
#### Stellungnahme Stadtrat, Finanzvorsteher Martin Bäumle (glp/GEU)

"Ich habe es angedroht und ich wurde auch direkt dazu aufgefordert. Also hier noch ein weiteres Votum des Stadtrates.

Ich möchte nicht, dass man die Steuerfussdebatte heute mit einer Debatte zu Hallenbad oder Bushof verbindet. Wie ich bereits im Einleitungsvotum erwähnt habe, sind dies Projekte, die heute im Finanzplan nicht zur Finanzierung vorgesehen sind. Wenn diese Projekte umgesetzt werden sollten, muss entweder mehr Geld eingenommen werden als jetzt geplant oder man müsste den Steuerfuss für diese konkreten Projekte erhöhen. Ich glaube, das ist transparent und ehrlich und offen.

Zur SVP: Sind wir ehrlich, der Stadtrat liest immer das Protokoll der Gemeinderatssitzung und ein Jahr später macht er, was die SVP beantragt. Nein, Spass beiseite. Ich habe hier bereits vor einem Jahr gesagt, wenn sich das Jahr 2022 ebenfalls sehr positiv entwickelt, wird der Stadtrat eine Steuersenkung ernsthaft prüfen. Mehr gab es dazu zu jenem Zeitpunkt nicht zu sagen. Der Stadtrat konnte dies erst im Rahmen der Budgetdebatte diskutieren und entscheiden. In diesem Sinne hat der Stadtrat dies Option auch schon vor einem Jahr im Finanzplan angezeigt. Er braucht hierzu also nicht unbedingt eine SVP-Antrag, um aus dem Finanzplan als wesentliche Grundlage abzuleiten, was ihm wichtig ist.

Für die SP: Die Investitionsfähigkeit ist gegeben, die Stadt wird nicht tot gespart, im Gegenteil: Dübendorf geht es sehr gut. Wir haben aber eine sehr schöne und gute Finanzlage, die es erlaubt, eine moderate Steuersenkung den Bürgern und Unternehmen einen Teil dessen, was wir auf der hohen Kante haben, zurückzugeben. Das ist nichts Anderes als berechtigt. Ich sage es nochmals: Irgendwann wird es zur Pflicht. Der Staat darf keine Einnahmen auf Vorrat machen. Da hat die SVP nicht ganz unrecht. In diesem Sinne, wenn diese Anträge nun vorliegen, sieht sich der Stadtrat weise die goldene Mitte an. Er hat im Finanzplan mehrere Szenarien und wenn diese sich aufhellen, dann ist er bereit eine Steuersenkung zu beantragen. Und wenn sich die Szenarien verdunkeln, wird er auch wieder eine Erhöhung beantragen, wenn diese notwendig ist. Das ist vorausschauende Finanzpolitik, wie wir sie hier betreiben. In diesem Sinne ist der Antrag des Stadtrates, eine Steuerfussenkung um 3 %, die goldene Mitte. Ich bitte sie entsprechend die Anträge von links und rechts abzulehnen und dem Antrag von GRPK und Stadtrat zu folgen."



## Abstimmungen

### Gegenüberstellung der beiden Änderungsanträge von SP und SVP

Der Gemeinderat bevorzugt den Antrag SVP (Steuerfuss 76 %) gegenüber jenem der SP (Steuerfuss 81 %) mit 16 zu 15 Stimmen mittels Stichentscheid der Ratspräsidentin.

### Gegenüberstellung der Anträge von SVP und Stadtrat/GRPK

Der Gemeinderat stimmt mit 23 zu 11 Stimmen für den Antrag von Stadtrat und GRPK und legt den Steuerfuss 2023 auf neu 78 % fest.

### Schlussabstimmung über das bereinigte Budget 2023

Da nun Erfolgs- und Investitionsrechnung sowie Steuerfuss einzeln genehmigt sind, erfolgt die Abstimmung über das gesamte Budget 2023.

Der Gemeinderat genehmigt das bereinigte Budget 2023 mit einem Steuerfuss von 78 % mit 28 zu 5 Stimmen.

*Auszug für den Versand*

### Budget 2023 / Genehmigung GR Geschäft Nr. 47/2022

---

Der Gemeinderat **beschliesst**:

- Das Budget des Politischen Gemeindegutes wird für das Jahr 2023 mit folgenden **Änderungen** genehmigt;

*Konto 1071.363400 (Kultur- und Freizeitzentrum Obere Mühle) Beiträge an öffentliche Unternehmungen*

Antrag Stadtrat	Fr.	425'000.00		
<b>Antrag GRPK</b>	<b>Fr.</b>	<b>312'500.00</b>	<b>(Abweichung: - Fr.</b>	<b>112'500.00 S)</b>

---

*Konto 1110.301001 (Personaldienste) Stellenplananpassungen*

Antrag Stadtrat	Fr.	150'000.00		
<b>Antrag GRPK</b>	<b>Fr.</b>	<b>0.00</b>	<b>(Abweichung: - Fr.</b>	<b>150'000.00 S)</b>

---

*Konto 3020.421000 (Feuerpolizei, Feuerschau) Gebühren für Amtshandlungen*

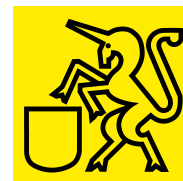
Antrag Stadtrat	Fr.	15'000.00		
<b>Antrag GRPK</b>	<b>Fr.</b>	<b>110'000.00</b>	<b>(Abweichung: + Fr.</b>	<b>95'000.00 H)</b>

---

*Konto 4600.463100 (Unterhaltungsdienste) Beiträge von Kantonen und Konkordaten*

Antrag Stadtrat	Fr.	0.00		
<b>Antrag GRPK</b>	<b>Fr.</b>	<b>1'000'000.00</b>	<b>(Abweichung: + Fr.</b>	<b>1'000'000.00 H)</b>

---



*Konto 5030.363400 (Regionalverkehr) Beiträge an öffentliche Unternehmungen*

Antrag Stadtrat	Fr.	3'654'000.00		
<b>Antrag GRPK</b>	<b>Fr.</b>	<b>3'352'895.00</b>	<b>(Abweichung: - Fr.</b>	<b>301'105.00 S)</b>

*Konto 7200.302000 (Schulbetrieb) Löhne der Lehrpersonen*

Antrag Stadtrat	Fr.	510'100.00		
<b>Antrag GRPK</b>	<b>Fr.</b>	<b>485'100.00</b>	<b>(Abweichung: - Fr.</b>	<b>25'000.00 S)</b>

*Konto 7400.302000 (Musikschule) Löhne der Lehrpersonen*

Antrag Stadtrat	Fr.	3'261'800.00		
<b>Antrag GRPK</b>	<b>Fr.</b>	<b>3'167'746.00</b>	<b>(Abweichung: - Fr.</b>	<b>94'054.00 S)</b>

2. Den budgetierten Investitionen im Verwaltungs- und Finanzvermögen wird mit folgenden **Änderungen** zugestimmt;

*Konto 5120.506000.IR00035 (Mobilien) Feuerwehr, Ersatzbeschaffung Fahrzeuge*

Antrag Stadtrat	Fr.	300'000.00		
<b>Antrag GRPK</b>	<b>Fr.</b>	<b>110'000.00</b>	<b>(Abweichung: - Fr.</b>	<b>190'000.00 S)</b>

*Konto 5200.506000.IR01217 (Mobilien) Stadtpolizei Ersatzanschaffung semistationäre Messanlage*

Antrag Stadtrat	Fr.	185'000.00		
<b>Antrag GRPK</b>	<b>Fr.</b>	<b>0.00</b>	<b>(Abweichung: - Fr.</b>	<b>185'000.00 S)</b>

*Konto 5200.506000.IR01218 (Mobilien) Parkuhren Ersatz*

Antrag Stadtrat	Fr.	50'000.00		
<b>Antrag GRPK</b>	<b>Fr.</b>	<b>0.00</b>	<b>(Abweichung: - Fr.</b>	<b>50'000.00 S)</b>

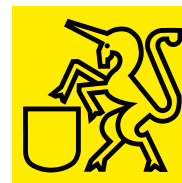
*Konto 7100.506000.IR01227 (Mobilien) Parkplatzbewirtschaftung Primarschule Dübendorf*

Antrag Stadtrat	Fr.	100'000.00		
<b>Antrag GRPK</b>	<b>Fr.</b>	<b>50'000.00</b>	<b>(Abweichung: - Fr.</b>	<b>50'000.00 S)</b>

*Konto 7109.504000.IR01225 (Hochbauten) Schulhaus Stägenbuck, Primarschule, Schulleiterbüro*

Antrag Stadtrat	Fr.	120'000.00		
ursprünglich				
Antrag GRPK	Fr.	70'000.00	(Abweichung: - Fr.	50'000.00 S)
<b>Antrag Stadtrat an GR-Sitzung</b>	<b>Fr.</b>	<b>90'000.00</b>	<b>(Abweichung: - Fr.</b>	<b>30'000.00 S)</b>

3. Eine Steuer für die Politische Gemeinde von 78.0% zu erheben, berechnet auf der Grundlage eines mutmasslichen Nettosteuerertrages zu 100.0% von 76.0 Mio. Franken;



- Den Stadtrat zu ermächtigen, zur Realisierung von Projekten, für die entsprechende Beschlüsse vorliegen, die notwendigen Darlehen aufzunehmen.

- Postulat Julian Croci (Grüne) und 13 Mitunterzeichnende «Umsetzung Verfassungsartikel Stoffkreisläufe» / Begründung und Überweisung (GR Geschäft Nr. 53/2022)**

---

Ratspräsidentin Cornelia Schwarz (SVP) stellt den Gemeinderatsmitgliedern aufgrund der bereits weit fortgeschrittenen Zeit den Antrag, die Behandlung der Traktanden 4-6 auf eine andere Sitzung zu verschieben.

### **Abstimmung**

Dieser Ordnungsantrag wird mit 31 zu einer Stimme vom Gemeinderat angenommen.

Die Behandlung dieses Traktandums wird auf eine der nächsten Sitzungen verschoben.

- Dringliche Interpellation Julian Croci (Grüne) und 9 Mitunterzeichnende: Strom- und Gasmangellage – Massnahmen der Stadt / Beantwortung (GR Geschäft Nr. 43/2022)**

---

Die Behandlung dieses Traktandums wird aufgrund eines Ordnungsantrages der Ratspräsidentin auf eine der nächsten Sitzungen verschoben.

- Dringliche Interpellation Julian Croci (Grüne) und 9 Mitunterzeichnende: Strom- und Gasmangellage – Soziale Folgen / Beantwortung (GR Geschäft Nr. 44/2022)**

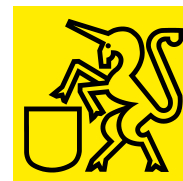
---

Die Behandlung dieses Traktandums wird aufgrund eines Ordnungsantrages der Ratspräsidentin auf eine der nächsten Sitzungen verschoben.

### **Einwände gegen die Verhandlungsführung**

#### Christian Gross (SP)

"Ich wurde mit der Ankündigung am Anfang der Sitzung etwas überrumpelt, die letzte Sitzung habe quasi weniger als zwei Stunden gedauert. Das stimmt eigentlich nicht. Vorweg: Ich habe das Glück, dass ich absolut nicht auf die Fr. 75 angewiesen bin und ich werde auch nicht beantragen, dass die Sitzung als Doppelsitzung ausbezahlt wird. Mir persönlich ist dies völlig egal. Aber – Cornelia du darfst mich da gern korrigieren, wenn ich falsch liege, ich bin der Meinung, dass der Bürobeschluss, die letzte Sitzung nicht als Doppelsitzung zu werten, keine Grundlage hat. Wir haben ein relativ klares Besoldungsreglement, das gerade erst revidiert wurde. Da steht sehr klar zwei Stunden, das kann man nicht einfach so ändern. Nochmals grundsätzlich habe ich kein Problem, wenn man dies so macht, aber ich finde es etwas willkürlich, wenn das Büro einfach so beschliesst, ob die Sitzung als Doppelsitzung zu werten ist, und damit abweicht vom Reglement, welches das Parlament demokra-



tisch beschlossen hat. Und ich wäre daher froh, wenn das Büro sich klar Richtlinien setzen würde, was denn nun als zwei Stunden zu zählen ist und was nicht. Einen kleinen Spielraum mag es geben: Gilt eine Pause oder eine Störung als Zeit oder nicht, aber das Büro soll dies bitte klar regeln und nicht willkürlich entscheiden. Was zwei Stunden sind und was nicht."

Ratspräsidentin Cornelia Schwarz (SVP)

"Die Sitzung war 21.04 Uhr zu Ende, sprich vier Minuten über den zwei Stunden. Wir fanden deshalb, dass eine Wertung als Doppelsitzung nicht gerechtfertigt ist."

Christian Gross (SP)

"Eine ganz kurze Antwort darauf: Ja, das ist mir völlig bewusst, darum bestehe ich auch nicht auf einer Auszahlung der zusätzlichen Fr. 75. Es geht mir darum, wenn nun das Büro entscheidet, dass 124 Minuten nicht als Doppelsitzung gelten, was ist dann mit 127 oder 130 Minuten? Mir fehlen da einfach die Klarheit und die rechtliche Korrektheit."

Ratspräsidentin Cornelia Schwarz (SVP)

"Wir nehmen das so zur Kenntnis und werden das erneut diskutieren."

Gemeinderatspräsidentin Cornelia Schwarz (SVP) macht abschliessend darauf aufmerksam, dass gegen die Beschlüsse wegen Verletzung von Vorschriften über die politischen Rechte und ihre Ausübung innert 5 Tagen, von der Veröffentlichung an gerechnet, schriftlich Rekurs in Stimmrechts-sachen beim Bezirksrat Uster, 8610 Uster, erhoben werden kann.

Im Übrigen kann wegen Rechtsverletzungen, unrichtiger oder ungenügender Feststellung des Sachverhaltes sowie Unangemessenheit der angefochtenen Anordnung oder Verletzung von übergeordnetem Recht, gestützt auf das Verwaltungsrechtspflegegesetz, innert 30 Tagen, von der Veröffentlichung an gerechnet, schriftlich Rekurs beim Bezirksrat Uster erhoben werden.

**Schlussbemerkungen Gemeinderatspräsidentin Cornelia Schwarz (SVP)**

Das Büro des Gemeinderates wird an seiner Sitzung vom 23. Januar 2023 die Traktandenliste für die nächste Gemeinderatssitzung vom 6. Februar 2023 festlegen.

Damit ist die 5. Sitzung des Gemeinderates der Legislaturperiode 2022-2026 geschlossen.

---

Schluss der Sitzung: 22:41 Uhr

**Für die Richtigkeit des Protokolls**

Edith Bohli  
Gemeinderatssekretärin

**Eingesehen und für richtig befunden**

GEMEINDERAT DÜBENDORF  
Cornelia Schwarz  
Gemeinderatspräsidentin